

Marginalien ; Rezensionen

Objekttyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **28 (2008)**

Heft 55

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Gregor Kritidis

Linksozialismus, demokratische Politik und Gegenhegemonie

Zur Aktualität der Strategiedebatten in den 50er und 60er Jahren

Das Aufkommen und die Verankerung der Antiglobalisierungsbewegung und die Wahlerfolge der Partei Die Linke in Deutschland in den letzten Jahren haben die strategische Frage aufgeworfen, auf welche Weise ein gesellschaftlicher Wandel denkbar ist. In der Debatte innerhalb der politischen Linken im weitesten Sinne geht es dabei um das Verhältnis von außerparlamentarischen sozialen Bewegungen zu den institutionell verankerten parlamentarischen und gewerkschaftlichen Kräften. Die Zuspitzung der aktuellen sozialökonomischen Krisenprozesse verleiht diesem Strategieproblem eine gewisse Dringlichkeit: Welche Organisationsformen – Partei, Gewerkschaft, soziale Bewegung – sind den kommenden Herausforderungen gewachsen und ein geeignetes Vehikel sozialer und demokratischer Emanzipationsprozesse? Ein Rückblick auf die Debatten in Westdeutschland nach 1945 kann zu dieser Frage einige Positionsbestimmungen in Erinnerung rufen.

Unmittelbar nach Kriegsende schien der Kapitalismus in Deutschland am Ende zu sein: Die Märkte waren zusammengebrochen, die Betriebe konnten nur auf der Basis von Kompensationsgeschäften wieder in Gang gesetzt werden und lebenswichtige Güter gab es nur auf Bezugsschein oder auf dem Schwarzmarkt. In dieser Situation sahen sich die durch den Faschismus diskreditierten Wirtschaftseliten zu weitreichenden Zugeständnissen an die sich reorganisierende Arbeiterbewegung gezwungen. Bis weit in die Reihen

der CDU war die Forderung nach einer demokratischen Vergesellschaftung der Großbanken und der Schlüsselindustrien verbreitet.¹ Unter dem Einfluß der Besatzungsmächte wurde während des beginnenden Kalten Krieges eine sozialistische Transformation zwar verhindert; bis Mitte der 50er Jahre war die westdeutsche Arbeiterbewegung jedoch ein erheblicher politischer Einflußfaktor. Vor diesem Hintergrund kam es zu einer weitreichenden Modifikation der Revolutions- und Reformstrategien der linkssozialistischen Strömung in Westdeutschland.

Die traditionelle sozialistische Revolutionskonzeption war untrennbar und recht unvermittelt mit der Marxschen Krisentheorie verknüpft: Wenn in der bürgerlichen Gesellschaft die herrschenden Ideen die Ideen der Herrschenden sind, kann es nur im Verlaufe einer Krise des Gesamtsystems gelingen, die kulturelle Hegemonie der sozialen Eliten zu schwächen und eine Aneignung des gesellschaftlichen Lebensprozesses zu realisieren. Der Arbeiterpartei kam dabei die Funktion zu, im Vorfeld die Arbeiter/innen mit dem fortgeschrittensten Bewußtsein zu organisieren und als Motor der gesellschaftlichen Transformation wirken zu lassen.

Nach 1945 schien diese Konzeption aus naheliegenden Gründen fragwürdig: Zum einen hatte der Siegeszug des Faschismus gezeigt, welche destruktive Tendenzen die gesellschaftliche Krise freisetzen kann. Die soziale Desintegration bedeutete keineswegs zwingend eine Stärkung der politischen Linken.

Zum anderen schienen die von der Arbeiterbewegung gewonnenen Machtpositionen neue Möglichkeiten bereitzuhalten. Wolfgang Abendroth, der wichtigste Vordenker des Linkssozialismus in der Ära Adenauer, trug in zahlreichen Aufsätzen dieser veränderten Ausgangslage Rechnung. Nach seiner Analyse sei der nach 1945 eingetretene Zustand des Klassengleichgewichts nicht von Dauer; im Falle einer erneuten ökonomischen Krise werde die herrschende Klasse wieder versuchen, außerhalb der Verfassung mit gewaltsamen Mitteln die Machtpositionen der Arbeiterbewegung zurückzudrängen. In dieser Situation gelte es, auf der Legitimationsbasis des Grundgesetzes und gestützt auf die außerparlamentarischen Machtressourcen der Massenorganisationen der Arbeiterschaft – Abendroth hatte hier vor allem die Gewerkschaften im Blick – diesen Angriff abzuwehren und aus der Defensive heraus eine demokratisch-sozialistische Transformation der Gesellschaft in Gang zu bringen. Die Verteidigung der parlamentarischen Demokratie und ihre Vertiefung zur sozialen Demokratie sei dabei die zentrale Aufgabe der Arbeiterbewegung.²

Nach der Niederlage im Kampf um die Betriebsverfassung 1952 und die Niederlage der SPD bei den Bundestagswahlen 1953 wurde diese Konzeption brüchig. Die traumatische Erfahrung der politischen Isolierung am Ende der Weimarer Republik ließ die linkssozialistischen Oppositionellen jedoch vor einem organisatorischen Bruch mit der Sozialdemokratie zurückschrecken. Erst infolge der Niederlage in der Auseinandersetzung um die Wiederbewaffnung und nach dem desaströsen Ergebnis der SPD bei den Wahlen zum Bundestag 1957 wurde die Konzeption Abendroths in Frage gestellt. Theo Pirker, der wegen seiner

aktivistischen Opposition gegen die Aufrüstung zusammen mit Viktor Agartz 1955 aus dem Wirtschaftswissenschaftlichen Institut des DGB entlassen worden war, übte in einem intern verbreiteten Zirkular scharfe Kritik an Abendroths Aufsatz *Die Chancen der deutschen Sozialdemokratie nach dem 15. September 1957*, der in der von Willy Eichler herausgegebenen Zeitschrift *Geist und Tat* erschienen war.³ Abendroth wisse, so Pirker, „daß die Zeiten längst vorbei sind, „in der eine Umgestaltung der Bundesrepublik mit dem Stimmzettel und auf den sozialdemokratischen Tendenzen des Grundgesetzes fußend noch möglich ist. Wer auf die wachsende Bedeutung der Bürokratie im modernen Industriestaat hinweist, (...) sollte in seinen politischen Überlegungen seine Verfassungserkenntnisse nicht einfach verschleiern oder sie gar auslassen.“⁴ Es sei abwegig, auf eine Erneuerung der SPD als Ganzes zu orientieren; der Kampf gegen die Bürokratisierung könne nur noch „halblegal“ geführt werden, wobei die Sozialisten den Mut haben sollten, gegen die Bürokratie „mit allen Mitteln zu kämpfen – auch auf die Gefahr eines Ausschlusses hin“.⁵

Mit dieser Position stand Pirker keineswegs allein; Erich Gerlach hatte bereits 1953 die SPD als den linken Flügel einer staatlichen Bürokratie gekennzeichnet und auf die Selbstorganisation der sozialistischen Arbeiter in den Betrieben orientiert. Die neojakobinische Fokussierung der Arbeiterparteien der II. und III. Internationale auf die Eroberung der Staatsmacht, so Gerlach, habe zu einer Vernachlässigung der Probleme geführt, die mit einer Umwälzung der Produktionssphäre verbunden seien. Es komme darauf an, den demokratischen Kampf um die Verfügungsmacht über die Produktionsmittel direkt in den Betrie-

ben zu führen und sich auf die Übernahme wirtschaftlicher Verwaltungsfunktionen vorzubereiten. Historisch gab es für diese Konzeption vor allem zwei Anknüpfungspunkte: die Rätebewegung in der Novemberrevolution 1918/19, deren untergründige Tradition in der Diskussion über die Betriebsverfassung und die Mitbestimmung weiterwirkte, sowie den spanischen Anarchosyndikalismus.

Unter dem Einfluß Gerlachs setzte sich Peter von Oertzen intensiv mit der Rätebewegung in der Novemberrevolution auseinander und versuchte, den syndikalistischen Gedanken der sozialökonomischen Selbstbestimmung für die linksgewerkschaftlichen Zusammenhänge fruchtbar zu machen.⁶ Rund um die 1960 gegründeten *Arbeitshefte* sammelte er eine Gruppe jüngerer Gewerkschafter, Bildungspraktiker und Studenten, die nach einer grundlegend neuen Orientierung suchten. Die Diskussionen dieser Gruppe markierten eine Ablösung von den traditionellen Organisationsvorstellungen der Arbeiterbewegung in Deutschland mit ihrer dualistischen Trennung in Partei und Gewerkschaft. Mit dieser operativen Wende gelang es, neue strategische Optionen in den Blick zu nehmen. Die politischen Ansatzpunkte bildeten nicht mehr die zunehmend in die Institutionen der repräsentativen Demokratie integrierten Apparate der Arbeiterorganisationen, sondern die Konfliktherde auf allen gesellschaftlichen Ebenen, seien es die Betriebe oder die Hochschulen.

Insbesondere Konrad Frielinghaus' Analyse der kapitalistischen Betriebsorganisation wurde wegweisend für die sich entwickelnde außerparlamentarische Opposition. Frielinghaus hatte die Beobachtung gemacht, daß sich die betrieblichen Hierarchien immer weniger mit der realen Arbeitsorganisation

deckten. Ohne die selbstorganisierte Kooperation der Belegschaften seien die komplexen Arbeitsabläufe in der Industrie nicht mehr zu bewältigen. Es sei zu einer Krise der Hierarchie gekommen, welche die kapitalistisch organisierte Produktion anfällig für Formen informeller Arbeitskämpfe mache.⁷ Die untergründig wirkende Belegschaftskooperation biete einen Ansatzpunkt für eine Demokratisierung der Produktionssphäre.⁸

In den Debatten im Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) wurde dieser Ansatz ebenso wie die Positionen Gerlachs und von Oertzens aufgegriffen und modifiziert; so stützte sich etwa die Hochschuldenkschrift des SDS auf Frielinghaus' Analyse.⁹ Wie sehr sich SDSler vom traditionellen Sozialismusverständnis entfernten, verdeutlichen die Beiträge von Michael Vester in der Zeitschrift *neue kritik*: In einer kritischen Auseinandersetzung mit C.W. Mills' „Power Elite“ konstatierte Vester, daß von einem zwingenden Zusammenhang zwischen ökonomischer Krise und einer Aktivierung der breiten Massen nicht mehr ausgegangen werden könne. Aber ein „nach dem Prinzip der Machtelite stabil gehaltenes System impliziert mit der Existenz repressiver Apparaturen das Fortbestehen systemsprengender Tendenzen“.¹⁰ In einem weiteren Aufsatz hob er am Beispiel der Bürgerrechtsbewegung in den USA die Bedeutung begrenzter, strikt immanent vorgehender politischer Aktionen hervor, die an den inneren Widersprüchen des kapitalistischen Systems ansetzten und zu dessen Transformation beitragen. Dabei griff er auf die Tradition des Anarchosyndikalismus zurück: „Direkte Aktion nistet sich am Herzen der inneren Widersprüche des Systems ein, um die Irrationalität seiner 'Logik' zu demonstrieren. Ihre Immanenz transzendiert das System, indem sie seine

inneren Widersprüche, durch die es funktioniert, vorantreibt“.¹¹ Besonderes Augenmerk legte Vester auf die Selbstaufklärung und die kollektiven Lernprozesse der Beteiligten, die durch ihr praktisches Verhalten zur Überwindung der Entpolitisierung breiter Teile der Bevölkerung beitragen würden.

Diese Konzeption Vesters trug veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen Rechnung, die Johannes Agnoli in seiner einflussreichen Schrift *Die Transformation der Demokratie* analysierte.¹² Implizit stellte diese Analyse, die zeitlich mit dem Ende der Restaurationsperiode zusammenfiel, das theoretische Gegenstück zur Konzeption Abendroths dar. Der Terror des Faschismus, so Agnoli, habe die politische Arbeiterbewegung zerstört und damit die Voraussetzung für ihre manipulative Integration in die kapitalistische Gesellschaft geschaffen. Die Volksparteien basierten ebenso wie zentrale sozialökonomische Vermittlungsformen - so z.B. die Tarifpartnerschaft - unverändert auf denselben gesellschaftlichen Fundamenten wie im Faschismus. Es habe sich ein Parteienoligopol gebildet, das die Herrschaft der Eliten über die von den politischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossene breite Masse der Bevölkerung sichere. Daher stelle sich für die Linke, so Agnoli, zentral „das Problem institutioneller Strategie“.

In dieser Analyse waren die Voraussetzungen für eine Transformationsstrategie im Sinne Abendroths nicht mehr gegeben: Weder in der SPD noch in den Gewerkschaften gab es die dafür noch relevanten Potentiale. Insofern war die Strategie einer radikal-subversiven Praxis eine neue Perspektive für die außerparlamentarische Bewegung. Die oppositionellen Kerne, die sich in vielen gesellschaftlichen Bereichen bis hin zur Armee und zur Polizei bildeten,

stellten bis in die 80er Jahre ein wichtiges gesellschaftspolitisches Korrektiv und eine Alternative zur traditionellen Arbeiterbewegung dar. Noch in der Auseinandersetzung um die Volkszählung 1987 manifestierte sich der anti-autoritäre Geist der Revolte der späten 60er Jahre. Die Integration der Grünen in das politische System im Verlauf der 80er Jahre bestätigte freilich die These Agnolis, daß eine über den Staatsapparat vermittelte gesellschaftliche Emanzipation an der Stabilisierungs- und Integrationskraft der bürgerlichen Institutionen scheitern müsse.¹³

Wenn die soziale Befreiung jedoch nicht über den Staatsapparat erfolgen kann, stellt sich dennoch die Frage nach den Formen demokratischer Selbstorganisation und ihrer Positionierung gegenüber dem Staat. An der Rätestudie von Oertzens hatte Abendroth zutreffend kritisiert: „Die Geschichte des Jahres 1919 führt immer wieder zu der Konsequenz, daß es eine syndikalistische Utopie ist zu glauben, man könne sozusagen am Staatsapparat vorbei zu irgendwelchen haltbaren Lösungen gelangen“.¹⁴ Es komme darauf an, antwortete von Oertzen, welche Aufgabe man der Partei zuschreibe. Nach seiner Auffassung solle das Ziel nicht in der staatlichen Machtergreifung der Partei liegen, sondern die Partei solle die bürgerliche Staatsmacht beseitigen und die Emanzipation der Arbeiterklasse im wirtschaftlichen Bereich ermöglichen. Auch hier lehnte sich von Oertzen an Erich Gerlach an, der am Beispiel der französischen Volksfront von 1936 gezeigt hatte, daß eine parlamentarische Mehrheit der Linken die im Staatsapparat konzentrierte politische Macht des Bürgertums zeitweise paralysieren und den außerparlamentarischen Bewegungen die notwendigen Spielräume ermöglichen kann. Das Parlament, so Gerlach, habe dabei die

Funktion, die neuen gesellschaftlichen Verhältnisse zu sanktionieren.¹⁵ Die demokratischen Grundprinzipien wie etwa die Gewaltenteilung – in diesem Punkt übernahm von Oertzen die Abendrothsche Grundgesetzinterpretation – müssten freilich auch in einem Rätssystem bewahrt bleiben.¹⁶

Die Implikationen der Position von Oertzens sind weitreichend: Es ist einerseits von entscheidender Bedeutung, die antikapitalistische Opposition demokratisch zu organisieren, andererseits ist es zwingend erforderlich, die Auseinandersetzung zu suchen und die Legitimationsbasis in den bestehenden Institutionen und Massenorganisationen herzustellen. Das Spannungsverhältnis zwischen sozialistischer Parteiorganisation und sozialer Bewegung läßt sich in der bürgerlichen Gesellschaft keineswegs auflösen, erfährt aber im Gegensatz zum traditionellen sozialdemokratischen respektive linkssozialistischen Etatismus eine entscheidende Schwerpunktverlagerung: Die Beteiligung an Wahlen und die Tätigkeit im Parlament kann nur ein Moment des außerhalb staatlicher Institutionen erfolgenden sozialen Emanzipationsprozesses selbst sein. Die auf betrieblicher Ebene organisierten Arbeiter/innen haben dabei nicht nur die Aufgabe, in der Sphäre der Ökonomie die Interessen der Lohnabhängigen zu wahren, sondern darüber hinaus im gewerkschaftlichen Rahmen zur Ausweitung der Mitbestimmung zur Selbstbestimmung beizutragen.¹⁷

Angesichts des verengten Spielraums für parlamentarische und tarif-

politische Intervention kommt der Neuentwicklung demokratischer Organisationsformen in allen gesellschaftlichen Bereichen eine zentrale Bedeutung zu. Diese dürfen, wenn sie als basisdemokratische Selbstorganisation sich als eine Antwort auf die Krise der Repräsentation verstehen wollen, nicht Anhängsel von Partei- oder Gewerkschaftsapparaten sein, noch können sie auf eine institutionelle Vermittlung gegenüber den organisierten kapitalistischen Interessen – etwa in den Parlamenten oder in Tarifverhandlungen – verzichten.¹⁸ Es wird daher um eine Stärkung der Autonomie der einzelnen Partei- und Gewerkschaftsgliederungen gehen bei einem gleichzeitigen Ausbau föderativer Kooperationsstrukturen. Die Alternative zur den vertikal zentralisierten Organisationen besteht in einer horizontalen Vernetzung, die in ihrer Fortsetzung eine breite, auf alle sozial abhängigen Gesellschaftsschichten ausgerichtete Bündnispolitik erfordert.¹⁹ Die konzeptionelle Debatte über Gegenhegemonie und Gegenöffentlichkeit, also die Entwicklung einer von den bürgerlichen Medien unabhängigen Diskussion, ja politischen Kultur, einschließlich der dazu erforderlichen materiellen Grundlagen, ist damit eng verknüpft. Es wird darauf ankommen, jenes Spannungsverhältnis zwischen institutionellen und außerinstitutionellen, parlamentarischen und ausserparlamentarischen Kräften in einer produktiven Dynamik zu halten und gleichzeitig die Autonomie dieser „Assoziationen freier Individuen“ auszuweiten.

Anmerkungen

1 Vgl. Das Ahlener Programm der CDU von 1947. In: Ossip K. Flechtheim, (Hrsg.), Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit

1945. Bd. 2. Erster Teil. Programmatik der deutschen Parteien. Berlin 1963. Dok. 100, S. 53.

2 Vgl. Abendroth, Zur Funktion der Ge-

- werkschaften in der westdeutschen Demokratie. Gesammelte Werke Bd. 2. Hannover 2008. S. 221-230. Zudem: Gregor Kritidis, Linkssozialistische Opposition in der Ära Adenauer. Ein Beitrag zur Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Hannover 2008. S. 111ff.
- 3 Wieder in: In: Abendroth, Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie. Neuwied und Berlin 1972. S. 67-81.
 - 4 Zitiert nach Kritidis, Opposition. S. 365f.
 - 5 Ebd. S. 366.
 - 6 Vgl. von Oertzen, Betriebsräte in der Novemberrevolution. Berlin 1976.
 - 7 Frielinghaus' Analysen basierten auf den eigenen Erfahrungen bei wilden Streiks. Vgl. Peter Birke, Wilde Streiks im Wirtschaftswunder. Arbeitskämpfe, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik und in Dänemark. Frankfurt/New York 2007.
 - 8 Vgl. Kritidis, Opposition. S. 597ff. In Frankreich wurden derartige Konzeptionen in der Zeitschrift Socialisme ou Barbarie diskutiert. Vg. Andrea Gabler. Antizipierte Autonomie. Zur Theorie und Praxis der Gruppe „Socialisme ou Barbarie.“ Hannover 2008 (im Erscheinen).
 - 9 Nitsch, Wolfgang/Gerhardt, Ute/Offe, Claus/Preuß, Ulrich K., Hochschule in der Demokratie. Kritische Beiträge zur Erbschaft und Reform der deutschen Universität. Berlin/Neuwied 1965.
 - 10 Michael Vester, Falsche Alternativen. neue kritik Nr. 19/20. Dezember 1963. S. 5ff. Zitiert nach Kritidis, Opposition. S. 528.
 - 11 Michael Vester, Die Strategie der direkten Aktion. neue kritik Nr. 30. Juni 1965, S. 12ff. Zitiert nach Kritidis, Opposition. S. 529.
 - 12 Johannes Agnoli, Die Transformation der Demokratie. Berlin 1967. Vgl. auch Ders.: Zwanzig Jahre danach. Kommemorativabhandlung zur „Transformation der Demokratie“. In: Ders., Die Transformation der Demokratie und verwandte Schriften. Hamburg 2004. S. 137-192.
 - 13 In ihrer Anfangsphase haben die Grünen versucht, einer Oligarchisierung der Partei vorzubeugen, etwa durch die Trennung von Amt und Mandat oder das Rotationsprinzip. Je schwächer das außerparlamentarische „Standbein“ der Grünen wurde, desto stärker wurden diese Organisationsprinzipien in Frage gestellt.
 - 14 Zitiert nach Kritidis, Opposition. S. 432.
 - 15 Erich Gerlach, Massenstreiks. Deutsche Theorie und französische Praxis. Sozialistische Politik 7/1956. S. 5ff. Vgl. Kritidis, Opposition. S. 278ff.
 - 16 Von Oertzen, Freiheitlich-demokratische Grundordnung und das Räte-system. In: Ders., Demokratie und Sozialismus zwischen Politik und Wissenschaft. Hannover 2004. S. 384-401.
 - 17 Vgl. von Oertzen, Der Mitbestimmungsgedanke in der deutschen Arbeiterbewegung. In: Demokratie und Sozialismus. S. 130-260. Abendroth hatte bei seiner Bestimmung der Aufgaben der Arbeiterbewegung dem Rätegedanken nur eine untergeordnete Bedeutung beigemessen. Vgl. Hans-Jürgen Urban, Gewerkschaftspolitik als Demokratiepölitik. In: Ders. / Buckmiller, Michael / Deppe, Frank, Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie. Zur Aktualität von Wolfgang Abendroth. Hamburg 2006. S. 80-98.
 - 18 Vgl. Wolfram Elsner/Klaus-Rainer Rupp/Christoph Spehr, Für einen praktischen Radikalismus der Linken. In: Sozialismus 11/2008. S. 45ff.
 - 19 In den Gewerkschaften gibt es dazu eine Reihe von Ansätzen, die etwa mit dem Begriff des „Social Movement Unionism“ verknüpft sind. Vgl. z.B. Kirsten Huckenbeck/Anton Kobel/Uli Wohland (Hrsg.), Kampagnen. Eine Kampfform der Gewerkschaften und Sozialen Bewegungen. Frankfurt/M. 2007.

Hans-Jürgen Urban / Michael Buckmiller / Frank Deppe (Hrsg.): Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie. Zur Aktualität von Wolfgang Abendroth. VSA-Verlag, Hamburg (216 S., € 16.80)

Richard Heigl: Oppositionspolitik. Wolfgang Abendroth und die Entstehung der Neuen Linken (1950-1968). Argument Verlag, Hamburg (372 S., € 24.90)

Am 2. Mai 2006 wäre Wolfgang Abendroth (2.5.1906 - 15.9.1985) 100 Jahre alt geworden. Aus diesem Anlass veranstalteten der IG Metall-Vorstand, der Herausgeberkreis der Schriften von Wolfgang Abendroth und WISSEN-Transfer am 6. Mai 2006 eine Konferenz unter dem Titel „Arbeiterbewegung – Wissenschaft – Demokratie“ in Frankfurt am Main, auf der weniger die Biographie* von Wolfgang Abendroth, sondern vor allem die Frage nach der wissenschaftlich-analytischen und politisch-strategischen Aktualität seines Denkens für die politische Neuformierung der Linken am Anfang des 21. Jahrhunderts thematisiert worden ist. Der von Urban/Buckmiller/Deppe herausgegebene Band dokumentiert die auf der Tagung gehaltenen Beiträge.

Zahlreiche Linke, vor allem jüngere, fragen sich bestimmt: Wer ist denn dieser Wolfgang Abendroth gewesen, in welcher Tradition hat er gestanden, was ist so wichtig und interessant an ihm? Kurz gesagt: Wie kaum ein anderer verkörpert der Jurist und Politikwissenschaftler Wolfgang Abendroth die Geschichte der Linken in Deutschland. Jürgen Peters (S. 12-20), Jürgen Habermas (S. 21-24), Uli Schöler (S. 69-79) und Franziska Wiethold (S. 201-203) machen in ihren mit persönlichen Erinnerungen angereicherten Beiträgen sehr deutlich: Ein Teil der

Aktualität Abendroths besteht in seiner persönlichen Integrität und 'Vorbildfunktion'. Und sein Leben ist ein Leben in der Arbeiterbewegung und für die Arbeiterbewegung: aufgewachsen in einer sozialdemokratischen Lehrerfamilie, seit 1920 im Kommunistischen Jugendverband, Mitglied in der KPD, 1928 als Anhänger der 'rechten' Kommunistischen Partei Opposition aus der KPD ausgeschlossen, Widerstand gegen den Faschismus, wegen „Hochverrats“ zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt, im Strafbataillon 999 auf Lémnos, Desertion zum griechischen Widerstand, dann in britischer Kriegsgefangenschaft. Nach Kriegsgefangenschaft 1946 Mitarbeit in der Justizverwaltung der SBZ; 1948 Flucht in den Westen. Von 1946 bis zum Ausschluss 1961 (wegen Gründung der Fördergesellschaft des SDS, auf deren Entstehung Heinz Brakemeier auf S. 175-187 eingeht) Mitglied in der SPD. An der Seite der Gewerkschaften leistet er juristische Beratungen gegen Wiederbewaffnung, Einschränkung des Streikrechts und Disziplinierung der Gewerkschaften, gegen Notstandsgesetzgebung und Berufsverbote.

Abendroth ist ein Querdenker, er ist der „Partisanenprofessor im Lande der Mitläufer“ (Jürgen Habermas), Staatsrechtslehrer und Mitbegründer der Politikwissenschaft in der BRD, der sich kompromisslos für die Verteidigung der Prinzipien des demokratischen und sozialen Rechtsstaats engagiert. Er ist ein unermüdlicher Streiter für die Aktualisierung des Marxismus, wie André Leisewitz auf S. 191-195 am Beispiel der Zusammenarbeit zwischen Abendroth und dem Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) knapp illustriert, und treibt die kritische Aufarbeitung der Geschichte der Arbeiterbewegung voran. Abendroth ist akademischer Lehrer und „organischer Intel-

lektueller“ der Arbeiterbewegung (dazu David Solomon auf S. 210-212), der vor allem das selbständige Denken und politische Handeln von vielen Studierenden und GewerkschaftlerInnen geprägt hat. Abendroth ist auch einer der wichtigsten Repräsentanten der außerparlamentarischen politischen Bewegungen vor allem der 1960er und 70er, aber auch noch der 80er Jahre des 20. Jahrhunderts.

Neben der persönlichen Integrität ist das politische und wissenschaftliche Werk und Wirken von Abendroth immer noch von enormer Bedeutung, wie Alex Demirović (S. 27-46), Frank Deppe (S. 47-66), Joachim Perels (S. 101-110), Gerhard Stuby (S. 125-137) sowie Michael Buckmiller (S. 141-154) anhand verschiedener Themenbereiche überzeugend nachweisen.

Eine zentrale Thematik im Werk Abendroths ist die Frage der „Demokratie in einer antagonistischen Gesellschaft“ gewesen. Knapp – aber sehr prägnant – hält Franziska Wiethold fest, was Wolfgang Abendroth im Unterschied zu vielen orthodoxen Marxisten ausgezeichnet hat, nämlich sein Verhältnis zum Rechtsstaat und zur Demokratie, auch das Insistieren auf den Meinungspluralismus. Er hat nach der Erinnerung von Franziska Wiethold stets davor gewarnt, Rechtsstaatlichkeit und pluralistische Demokratie als bloße Ideologie des kapitalistischen Systems abzutun. Abendroths „Verhältnis zu Rechtsstaat und Meinungsvielfalt war nicht nur taktisch. Wenn er sich mir den Bedingungen des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus beschäftigte, geschah dies [...] in der Hoffnung, dass sich der Sozialismus in hochentwickelten Industriegesellschaften ohne Diktatur des Proletariats im Rahmen der parlamentarischen Demokratie durchsetzen könne.“ (S.202)

Dass diese Konzeption Abendroths nichts mit einem bloßen sozialen Reformismus zu tun hat, sondern eine auf die Überwindung des kapitalistischen Gesellschaftssystems gerichtete sozialistische Rechts- und Verfassungspolitik in einer spezifischen historischen Situation ist, verdeutlicht beispielsweise ein längeres Zitat Abendroths aus dem Jahr 1981, das Gerhard Stuby auf Seite 131 aufgenommen hat. Abendroth war auch am Zusammenhang zwischen dem System der Internationalen Beziehungen, der darin jeweils wirkenden internationalen Klassenkräfte und der durch diese bedingten internationalen Klassengleichgewichte sowie der u.a. wiederum dadurch modifizierten Klassengleichgewichte und sozialistischen Strategien auf der Ebene der Nationalstaaten stark interessiert.

Bedauerlicherweise werden diese grundlegende und für seine politischen und juristischen Konzeptionen fundamentale Arbeiten Abendroths – die er ansatzweise bereits in den 30er Jahren in seiner Dissertation über die B- und C-Mandate des Völkerbundes geäußert hat – bis heute sowohl in der Diskussion über die Globalisierungsproblematik als auch in Strategie- und Taktik-Diskussion der sozialistischen Linken kaum gewürdigt, geschweige denn produktiv weiterentwickelt, wie z.B. innerhalb des aktuellen Diskurses über die *Neogramscianischen Perspektiven der Internationalen Beziehungen*. Dieses ist umso erstaunlicher, da sich einige Überlegungen Abendroths bei den sozialistischen Projekten in einigen Ländern Südamerikas wiederfinden lassen.

Sehr lesenswert ist der Beitrag von Hans-Jürgen Urban (S. 80-98) „Gewerkschaftspolitik als Demokratiepoltik“. Er arbeitet sehr detailliert die verschiedenen Aspekte der Gewerkschaftskonzeption Abendroths heraus und hinterfragt sie hinsichtlich ihrer

Aktualität. Urban betont gleichfalls die Abendroth 'sche verfassungsrechtliche und demokratietheoretische Position in der politischen Auseinandersetzung, nämlich dass das Grundgesetz die demokratisch legitimierte Option einer sozialistischen Transformation der Sozialordnung in der BRD enthält, mit der eine umfassende Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft gemeint ist. Bei dieser möglichen sozialistischen Transformation muss Demokratie zum inhaltlichen Prinzip der gesamten Gesellschaft werden, die Demokratie muss zu einer sozialen Demokratie erweitert werden und in die Sphären der Wirtschaft und der Gesellschaft, aber auch in die Sphäre der Kultur ausgedehnt werden. Es ist Hans-Jürgen Urban in seinem Resümee zuzustimmen, dass Wolfgang Abendroth zu einer Strategiedebatte anregt und dazu einige wertvolle Beiträge geliefert hat, die jedoch bislang in der aktuellen Debatte noch nicht hinreichend rezipiert und thematisiert worden sind.

Diese kritische Einschätzung wird auch durch die vor kurzem erschienene politikgeschichtliche Untersuchung von Richard Heigl über Wolfgang Abendroth und die Neue Linke in den 60er Jahren untermauert. Sie ist nicht nur eine notwendige Ergänzung zu dem Band von Urban/Deppe/Buckmiller, sie bereichert auch die Abendroth-Forschung, konzentriert auf die 50er und 60er Jahre.

Heigl zeigt in seiner Studie unter Einbeziehung der unabhängigen marxistischen, kommunistischen und

sozialdemokratischen Diskussionen in den 20er und 30er Jahren u. a. auf, wie sich Abendroth bereits früh zur Zeit der Weimarer Republik eine unabhängige politische und theoretische Konzeption erarbeitet hat, die stark durch seine damaligen politischen Lehrer und Vorbilder geprägt wurde: Paul Fröhlich, August Thalheimer und Heinrich Brandler. Interessant ist dabei besonders, wie stark Heigl hier den noch sehr jungen Abendroth in die anfänglich vor allem von Rosa Luxemburg und später dann durch Antonio Gramsci ausgearbeitete spezifische marxistische Denkweise und Traditionslinie einordnet.

Gut dokumentiert wird Abendroth's Ringen um einen „radikaldemokratischen“ Sozialismus als Alternative zur Restauration und Stalinisierung in den 50er Jahren, Von den zahlreichen Ausführungen und Rekonstruktionen der politischen Konzeption und Praxis Abendroths sind diejenigen zu der Parteitheorie (S. 76-85) sowie zu Problemen der Arbeiterbewegung mit der demokratischen Verfassung (S. 103-114) von besonderem Interesse, betreffen sie doch zentrale Fragen des aktuellen Demokratiediskurses.

Andreas Diers

* Zum Leben von Wolfgang Abendroth bis Ende 1948 siehe die Teil-Biographie: Andreas Diers: Arbeiterbewegung – Demokratie – Staat. Wolfgang Abendroth. Leben und Werk 1906-1948, VSA-Verlag Hamburg 2006, 628 S. (39,80 €). Für die Jahre 1949-1985 steht eine Biographie Abendroths noch aus.

Die neue Abscheu vor der Demokratie

Zu Jacques Rancière's „La haine de la démocratie“

Wahlabstinz, politische Apathie und Politikerverachtung haben sich im Alltagsleben unserer Gesellschaften nachhaltig verankert. Dass die Bürgerinnen und Bürger demokratiemüde geworden seien, heißt es nicht ganz zu Unrecht. Dass wir es hierbei mit einem Reflex auf die demokratiemüden ökonomischen, politischen und kulturellen Eliten und deren massiv vorangetriebene Demokratieaushöhlung zu tun haben, wird jedoch allzu gern verdrängt. Nicht so in Jacques Rancière's *Hatred of Democracy*, 2006 (franz. Original: *La haine de la démocratie*, Paris 2005).

Der französische Linksphilosoph hat einen (noch nicht ins Deutsche übersetzten) ausgesprochen anregenden Essay veröffentlicht, in dem er die „neue Abscheu vor der Demokratie“ aufs Korn nimmt. Seine Zielscheibe ist dabei nicht die Bevölkerung als solche. Es sind vielmehr die kulturellen Eliten, die vielen Meinungsmacher und -führer, die sich in der Analyse der vorherrschenden Kulturkrise einig zu sein scheinen: Es liegt all den alltäglichen Auseinandersetzungen um Anerkennung im Kleinen wie im Großen (von den innerfamiliären und innerschulischen Auseinandersetzungen über den Kopftuchstreit und die sozialpolitischen Streiks bis zum Irakkrieg) ein geradezu gefährliches, weil überzogenes Demokratieverständnis zugrunde. Anstatt die Demokratie als begrenztes Mittel für begrenzte Ziele zu betrachten, würden die Individuen der modernen demokratischen Massengesellschaft diese als ein Reich grenzenloser Wünsche reklamieren und drohen auf diesem Wege,

die Fundamente der liberal-demokratischen Demokratie zu unterhöhlen. Es ist dieses vorherrschende Verständnis, das Rancière als Ideologie fasst und einer umfassenden Kritik unterzieht.

Es gäbe, fasst er die zentrale These dieser neuen Abscheu vor der Demokratie zusammen, „nur eine gute Demokratie, jene die die Katastrophe der demokratischen Kultur unterdrückt“ (S.4).¹ Ja – so die Meinung dieser Ideologen –, wir bringen Freiheit und Demokratie in den Irak, aber Freiheit und Demokratie sind eben nicht, wie die ewigen Idealisten behaupten, die harmonischen Verhältnisse umfassender demokratischer Selbsttätigkeit, sondern einzig ein institutioneller Rahmen, die demokratische Unordnung zu meistern. Diesem reichlich eingeschränkten, aber vorherrschenden Demokratieverständnis liege, so Rancière, eine Interpretation zugrunde, wie sie bereits die Trilaterale Kommission seit Anfang der 70er Jahre formuliert habe: Es sei das grenzenlose Bedürfniswachstum demokratischer Bürger, das die Regierungen bedränge, Disziplin und Autorität lockere und die Individuen gegen die Gesellschaft als solche aufbringe. Demokratie als soziale und politische Lebensform sei ein Reich des demokratischen Exzesses, der demokratische Regierungsformen wieder zunichte mache und deswegen unterdrückt werden müsse.

Was in den 70er Jahren vom Establishment begonnen wurde, das wurde danach von links aufgegriffen und radikalisiert. Mit den französischen „neuen Philosophen“ und den „revisionsistischen Historikern“ habe Ende der

70er/Anfang der 80er eine Umwertung der Werte begonnen, die neue Akzente setzte. Francois Furet interpretierte die Französische Revolution um, indem er Demokratie und Totalitarismus nicht als Antipoden, sondern als Zwillinge verstand. Die Sünde der Revolution sei nicht ihr Kollektivismus, sondern ihr demokratischer Individualismus gewesen, der zu einer Zerstörung natürlicher und historischer Solidaritäten geführt habe.

Meines Erachtens schlüssig verdeutlicht Rancière im Laufe seiner essayhaften Untersuchung drei entscheidende Aspekte dieser neuen Abscheu vor der Demokratie. Zum ersten zeigt er auf, welchen spezifischen Beitrag die politische Linke geliefert hat. Mit ihrer „marxistischen“ Sicht interpretierte eine bestimmte Linke den in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft vorherrschenden Bourgeois zum allgemeinen demokratischen Menschen um. Wo Marx einen dialektischen Widerspruch zwischen Bourgeois und Citoyen sah,² setzten bestimmte seiner Schüler ein Gleichheitszeichen und schlossen das demokratische Individuum der politischen Demokratie mit dem individuellen Konsumenten der verallgemeinerten Warengesellschaft analytisch kurz. Wo Marx einen dialektischen Widerspruch zwischen dem Reich kapitalistischer Ungleichheit und Ausbeutung und dem Reich marktwirtschaftlicher Gleichheit ausmachte, lösten bestimmte seiner Schüler das Reich der Ausbeutung in das Reich der Freiheit auf.

So wurde, zweitens, ein an der Zirkulationssphäre des Kapitalismus klebengebliebener Marxismus zum Steigbügelhalter antidemokratischen Ressentiments, eine bestimmte Tradition politischer Linker zum Bündnispartner einer aus dem Establishment kommenden aristokratischen Kritik des ver-

meintlich demokratischen Exzesses. Doch schon beim antiken Plato fungierte die Kritik am demokratischen Prinzip als dem universellen Gleichmacher, als dem Verursacher einer unnatürlichen Unordnung zwischen Regierenden und Regierten, Herren und Knechten, Alten und Jungen, Lehrern und Schülern, als Plädoyer für eine erneuerte aristokratische Herrschaft, komme sie nun ökonomisch, politisch oder kulturell daher. Schon die von Parteigängern der antiken Aristokratie formulierte Idee einer republikanischen Ordnung von Institutionen, Gesetzen und moralischen Werten sollte den demokratischen Exzess der Plebejer in Grenzen halten und diene nicht zuletzt dem Herrschaftsanspruch einer sich (vor allem kulturell) aristokratisch fühlenden Intelligenz.

Und dies, so Rancière zum dritten, ist auch der Sinn und Zweck der gegenwärtigen Abscheu vor der Demokratie. Dass sich auch die heutige Intelligenz wieder mehrheitlich antidemokratischen Ressentiments hingeebe, sei Produkt der Vorherrschaft des grenzenlosen Kapitals infolge eines Verschwindens aller Alternativen – sowohl der des Ostblocks wie auch derjenigen der (diesem vorausgehenden) westlichen sozialen Bewegungen. Bereits vor dieser weltpolitischen Verschiebung der Kräfteverhältnisse lebten wir, wie er uns erinnert, nicht in einer Demokratie, die diesen Namen verdient. Auch unter den sozialstaatlichen Verhältnissen der Nachkriegszeit gab es eine solide Allianz von Staats- und Wirtschaftsoligarchie, lebten wir in einer konstitutionellen Oligarchie – Rancière spricht von „Staaten oligarchischen Rechts (...), in denen die Macht der Oligarchie durch die doppelte Anerkennung von Volkssouveränität und individuellen Freiheiten begrenzt wird“ (S.73).

Und heute, unter den Bedingungen

neoliberaler Grenzenlosigkeit und einer Renaissance der antidemokratischen Prinzipien von Geburt und Verwandtschaft, von Blut, Boden und Religion, komme es zu einer neuen Allianz von Reichtum und Wissenschaft, die sich gegen die vielfältigen Angriffe auf die vermeintlichen Segnungen von Fortschritt und Demokratie abzuschotten trachte. „Wenn der Fortschritt nicht fortschreitet“, fasst Rancière den Zynismus der Intelligenz zusammen, „liegt dies an den Zurückgebliebenen“ (S.79). Und er zeigt auf, dass die im Zuge dieser Auseinandersetzung wieder aufgekommene Klage gegen den vermeintlichen „Populismus“ ein antiemanzipativer elitärer Reflex ist, der nur den Wunsch der Oligarchen ausdrückt, fortan ohne das Volk und ohne Politik regieren und herrschen zu können.

Dass es eine natürliche Affinität zwischen beiden, eine soziale Grundlage dieses Positionswechsels von Teilen der einstmals kritischen Intelligenz gibt, verdeutlicht er, wenn er den Bogen zu den ersten beiden Aspekten zieht. Die Tyrannei des herrschenden Konsumismus und die Gesetze der Marktakumulation werden von diesen neuen Ideologen von Ursachen der Misere zu deren Folgen uminterpretiert, zu Lasten „demokratischer“ Individuen, die einzig Waren konsumieren wollen. Diese neuen Ideologen „glauben an den Fortschritt. Sie glaubten an den Fortschritt der Geschichte, als sie vermeintlich zur sozialistischen Weltrevolution führte. Und sie glauben auch heute noch, wo er zum globalen Triumph des Marktes führt, an denselben. Es ist nicht ihre Schuld, wenn die Geschichte falsch gelaufen ist.“ (S.86) Und so wie hier die Vorherrschaft der bürgerlich-kapitalistischen Oligarchie zur Demokratie verklärt wird, so wird jene zum Auswuchs des Appetits des vermeint-

lich demokratischen Individuums verklärt, der Kampf gegen die Demokratie zum Kampf gegen den Totalitarismus, dessen Gipfelpunkt die perfide Gleichsetzung von Demokratie und Auschwitz, von Modernität und Ausrottung der Juden sei. Der Genozid als zentraler historischer Bruch- und Bezugspunkt übernimmt hier, so Rancière, dieselbe Funktion, die zuvor die soziale Revolution innehatte.

Die neue Abscheu vor der Demokratie ist also ein elitärer, klassenbedingter Reflex auf die demokratischen Herausforderungen von unten. Sie speist sich aus einer Mischung von aristokratischen und linken Traditionen und erfährt ihre Zuspitzung durch eine sich immer mehr entgrenzende Ökonomie neoliberalen Zuschnitts. Die Fragen an Rancière beginnen jedoch mit seiner historischen wie politisch-theoretischen Einordnung dieser neuen Abscheu und mit dem, was er dieser Abscheu entgegensetzt.

Rancière betont selbst, dass die neue Abscheu vor der Demokratie nicht wirklich neu sei und es deswegen darauf ankomme, ihren neuartigen Charakter genauer zu bestimmen. Neu ist für ihn, dass sie sich aus zwei Quellen speise, aus zwei historischen Formen der Demokratiekritik, aus der aristokratischen und der marxistischen Demokratiekritik. Hier jedoch wird er ungenau. Denn so wie die aristokratische Kritik, genauer betrachtet, eine Kritik aus den Traditionen konservativer Kulturkritik ist (aristokratisch nur im kulturellen, nicht im sozialgeschichtlichen Sinne), speist sich deren linke Variante nicht aus dem Marxismus, bzw. nur insoweit sie (in linksradikaler Tendenz) mit diesem gebrochen hat.

Rancière scheint dies nicht so zu sehen, denn er macht den Marxismus als ganzen dafür verantwortlich. Sein diesbezüglicher Vorwurf jedoch, dass

auch die Marxsche Tradition den demokratischen Gehalt, die demokratische Idee zur reinen Illusion stempelt, dass sie zwischen Wesen und Erscheinung trennt, um die demokratischen Erscheinungsformen auf das bürgerlich-kapitalistische Wesen zu reduzieren, ist nicht mehr als eine altbekannte, grobe Verzerrung des Marxschen Denkens, ein unstatthafter Kurzschluss von linker Praxis auf ihre Theorie.

Marx reduzierte weder das Wesen auf die Erscheinung noch die Erscheinung auf das Wesen, zeigte stattdessen gerade ihren engen, dialektischen Zusammenhang auf. Marx kritisierte die Halbheiten der bürgerlich-politischen Emanzipation nicht, um sie zu verwerfen. Ganz im Gegenteil rief er dazu auf, sich nicht mit diesen Halbheiten abzufinden und die Emanzipation weiterzutreiben. Die Marxsche Kritik zerpfückte die imaginären Blumen an der Kette „nicht damit der Mensch die phantasielose, trostlose Kette trage, sondern damit er die Kette abwerfe und die lebendige Blume breche“.³ Und Rosa Luxemburg übersetzte dies in die Politik der Demokratie, als sie gegen Lenin und Trotzki darauf hinwies, dass die Kritik der formalen Demokratie nicht dazu dient, „diese zu verwerfen, sondern um die Arbeiterklasse dazu anzustacheln, sich nicht mit der süßen Schale [der formalen Gleichheit und Freiheit] zu begnügen, vielmehr die politische Macht zu erobern, um sie mit neuem sozialem Inhalt zu füllen“.⁴ Rancière ist hier offenbar den vulgärmaterialistischen Mythen seiner eigenen (maoistischen) Vergangenheit erlegen und verwechselt bestimmte „marxistische“ Strömungen, d.h. einen historisch, wie man weiss, recht wirkmächtigen Vulgärmarxismus, mit dem Marxschen Denken. Das hat Konsequenzen auch für seine eigene Position.

Er bürstet den alten Plato gegen den Strich und betont, dass schon in der Antike die eigentliche demokratische Idee mit der Abwesenheit jedes „natürlichen“ oder gesellschaftlich-konstitutionellen Rechtsanspruches beginne, mit der Überwindung jeder Vorherrschaft von Verwandtschaft, Geburtsrecht, Alter oder biologischer oder kultureller Konstitution. Erst mit der antiken Erfindung des zufälligen Loswurfes bei der Auswahl der Ämter, so Rancière treffend, werden die herrschaftlichen Traditionen ohne Ansehen der Person gebrochen. Erst dadurch werde Politik mehr als eine Herrschaftstechnik, erst dadurch zeige sich der ureigene Grund der Politik. Diese beginne mit der Transformation natürlicher oder sozialer Rechtsansprüche, also erst, wenn die Menschen über Vaterschaft und Mutterschaft, über Alter, Reichtum, Macht und Wissenschaft hinausgehen. „Demokratie bedeutet zuallererst dies: eine anarchische ‚Regierung‘, die auf nichts anderem basiert als der Abwesenheit jedes Rechtsanspruches zur Regierung.“ (S.41)

In gewissem Sinne stimme es also, dass die Demokratie ein universeller Gleichmacher ist. Nur sei dies eben ihr unhintergebares emanzipatives Erbe. Politische Macht, so Rancière, ist „die Macht derjenigen, die keinen natürlichen Grund haben, über jene zu herrschen, die keinen natürlichen Grund haben, beherrscht zu werden“ (S.47). Die neue Abscheu vor der Demokratie sei deswegen nicht nur zutiefst undemokratisch, sondern mehr noch: geradezu anti-politisch.

Auf eindrucksvolle Weise verdeutlicht er damit die radikal-demokratische Ur-Idee einer menschlichen Freiheit und Gleichheit, die nur ganzheitlich gefasst werden kann und nicht als lediglich politische, ökonomische oder

kulturelle. Und insofern hat er auch recht, zu betonen, dass Demokratie eigentlich keine bestimmte Gesellschafts- oder Regierungsform ist, dass sie nicht mit einer spezifischen politisch-juristischen Form identifiziert werden könne und ihr Kampfterrain jene Öffentlichkeit ist, in der gegen alle Formen der Privatisierung gestritten und den politischen, ökonomischen und kulturellen Oligarchen das Monopol öffentlichen Lebens und die Macht des Reichtums streitig gemacht wird.

Das kann allerdings nicht bedeuten, dass Demokratie gegen ihre Formen indifferent sein kann. Auch wenn er dies sogar selbst einräumt (S.54), verfolgt Rancière diese Spur leider nicht weiter und gerät mit seinem Ansatz stattdessen auf einseitiges Gleis. Die von ihm treffend herausgearbeitete demokratische Ur-Idee bleibt nämlich trotz ihrer wirkmächtigen Logik „nur“ eine solch an sich abstrakte Zielidee, die ihre geschichtliche Konkretisierung am historischen Material immer wieder suchen muss. Historisch entfaltet hat sie sich *durch* die geschichtlichen Kämpfe von Klassen, Schichten und Individuen *hindurch*, ist ihr dabei mal näher und mal ferner gekommen. Rancière dagegen löst diese konkrete Historie im Nebel einer abstrakten demokratischen Logik auf, die kurioserweise gerade jenem individualistischen Bild eines von der realen Geschichte losgelösten „demokratischen Menschen“ frönt, das er an anderen kritisiert.

Kollektive Subjekte radikaler Demokratisierung kann und will er nicht erkennen und den Traum einer mit der Demokratie verbundenen neuen Gesellschaft, gemeint ist hier natürlich „der“ Sozialismus, hält er für ausgeträumt. Abermals zeigt sich hier eine grobe Verzerrung des Marxschen Denkens, wenn er behauptet, es sei getragen von einer Vision, in der „die kapitalistischen

Formen von Produktion und Austausch die materiellen Bedingungen für eine egalitäre Gesellschaft und ihre weltweite Expansion bilden“ (S.96).

Marx' Rede von den emanzipativen Produktivkräften, die die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft selbst gebäre, bezog sich jedoch weniger, wie das hartnäckige Vorurteil meint, auf die rein ökonomisch-materiellen, gleichsam quantitativen Produktivkräfte. Sie bezog sich vielmehr auf die politisch-kulturellen, auf die qualitativen Produktivkräfte, die sich nicht nur, aber eben auch nicht zuletzt in der sozialen und politischen Bewegung einer systemtranszendierenden Arbeiterbewegung niederschlagend und die die neue kapitalistische Gesellschaftsform immer wieder neu zu erzeugen gezwungen sind. Hier findet sich auch der Grund dafür, dass man, im direkten Kontrast zu Rancière's Behauptung, gerade mit den *kapitalistischen Formen* von Produktion und Austausch brechen wollte. Beides jedoch ist im Produktivkraftfetischismus des klassischen sozialdemokratischen Marxismus wie des Neostalinismus (nicht zufällig) verlorengegangen. Der aus der diesbezüglich alles andere als wegweisenden „Althusser-Schule“ kommende und später diese hart kritisierende heutige „Postmarxist“ Rancière jedoch konnte sich von diesem Fetischismus offensichtlich nur lösen, indem er das Kind mit dem Bade ausschüttet – als ob es „westlichen Marxismus“ und „Neue Linke“ nicht gegeben hätte.

So kommt es schließlich auch, dass er sogar meint, der von Hardt und Negri aufgebrachten Vision einer radikal-demokratischen Multitude – einer Vision, die übrigens der seinigen recht nahezu-kommen scheint – vorwerfen zu müssen, dass selbst diese, gleichsam post-marxistische und postkommunistische Konzeption noch viel zu sehr in der

alten marxistisch-kommunistischen Tradition materieller Vorbedingungen radikaler Demokratie gefangen sei. „Zu verstehen, was Demokratie bedeutet, heißt, auf solchen Glauben zu verzichten“, schreibt er: „Die von einem Herrschaftssystem produzierte kollektive Intelligenz ist immer nur die Intelligenz dieses Systems. Die ungleiche Gesellschaft trägt keinerlei gleiche Gesellschaft in ihrem Mutterleib. Die egalitäre Gesellschaft ist vielmehr immer nur der Satz an egalitären Beziehungen, die sich hier und jetzt durch singuläre und anfechtbare Akte auffinden lassen.“ (S.96)

Demokratische Politik wird so nicht nur losgelöst von der Geschichte und den von ihnen vorgegebenen ökonomischen, politischen und kulturellen Bedingungen. Sie wird auf diesem Wege zum ganz Anderen, zum unvermittelten Sprung zwischen Gestern, heute und Morgen – zum unvermittelten Akt einer gestaltlosen Masse. Dass alle Intelligenz immer nur die Intelligenz des Systems und die Klassengesellschaft keine Mittel und Formen einer über sie hinausweisenden Egalität aufweise, das ist nicht nur derselbe linksradikale Nonsens, der auch dem von ihm selbst so beklagten Positionswechsel linker Intellektueller in den 70er und 80er Jahren zugrunde lag. In solch einem dichotomischen Entweder-Oder wird auch das theoretische wie praktische Problem des „unreinen“ Überganges von dem einen gesellschaftlichen Zustand zum anderen suspendiert, also gerade das, woran die Linke bisher gescheitert ist.

Demokratie ist nicht reduzierbar auf ihre reine, abstrakte Idee. Sie ist ebenso Zielidee wie Mittel, soziale Bewegung wie politische Institution, individuell wie kollektiv, Kontinuität wie Bruch. Die sozialistische Linke hat die Demokratie immer zuerst als eine so-

ziale Bewegung gefasst, die einen konkreten historischen Gegner mit konkreten historischen Mitteln zu überwinden trachtet. Fragen demokratischer Formen und Institutionen sind demgegenüber, mindestens in entscheidenden Momenten, ignoriert, heruntergespielt oder gar denunziert worden,⁵ nicht zuletzt indem man einer Metaphysik der Klasse und des Klassenkampfes gefrönt hat. Jacques Rancière hat sich von solcher Metaphysik verabschiedet. Seiner politischen Vergangenheit treu geblieben ist er dagegen in der Verdrängung von Fragen demokratischer Formen und Institutionen. Politik und Demokratie sind ihm einzig die Kraft einer Negation. Suspendiert wird so das politische Problem der Vermittlung und des Übergangs, in meinen Augen der Kern des Politischen.

Rancière und seine Anhänger aus der „autonomen Linken“ können dem widersprechen, da er einen anderen, einen zu diesem Ansatz und zu dieser Strömung passenden Begriff von Politik entwickelt hat.⁶ Auch wenn mir der jedoch mehr als Teil des Problems erscheint denn als Teil der Lösung, so befinden wir uns damit bereits in einer Diskussion über die Wege zum Ziel einer Wiederaneignung radikaldemokratischer, emanzipativ-sozialistischer Traditionen, die Rancière in seiner herausragenden Kritik der herrschenden Demokratiemüdigkeit eröffnet hat.

Anmerkungen

- 1 Da ich die Zitate (aus der englischen Fassung) selbst übersetzt habe, gebe ich hier die Seitenzahlen mit an. Den von Rancière im Original benutzten Begriff des „Hasses“ möchte ich im Folgenden jedoch etwas nüchterner und meines Erachtens analytisch treffender mit dem Begriff der „Abscheu“ übersetzen.
- 2 Vgl. dazu Leo Kofler: Vergeistigung von Herrschaft. Staat, Gesellschaft und Elite zwischen Humanismus und Nihilismus (1960), Band 2, Frankfurt/M. 1991 (Kapitel: „Liberalismus und Demokratie oder der Citoyen als Bourgeois“), sowie ders.: „Liberalismus und Demokratie“, in ders.: Zur Dialektik der Kultur. Frankfurt/M. 1972.
- 3 „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung“, in: MEW 1, S.379.
- 4 „Zur russischen Revolution“, in: LGW 4, S.363.
- 5 Vgl. dazu Christoph Jünke: Der lange Schatten des Stalinismus. Sozialismus und Demokratie gestern und heute. Köln 2007 (Kapitel 8: „Luciano Canforas Demokratieverständnis“).
- 6 Vgl. dazu Jacques Rancière: Das Unvernehmen. Politik und Philosophie. Frankfurt/M. 2002, sowie ders.: Zehn Thesen zur Politik. Zürich-Berlin 2008.

Birge Krondorfer

Die verendete Demokratie?

Sind die Beschwörungen des Endes der Politik eine postmodernistische bzw. neoliberale Ideologie oder das Eingeständnis einer selbstverschuldeten Sackgasse? Es könnte ja sein, dass das Gerede von Posthistoire, Postdemokratie, Postgender davon abzulenken versucht, dass die androzentristische Formation der Politik nicht mehr weiterweiss. Wie aus der Not eine Tugend zu machen sei, die nicht tugendhaft wird, dazu können feministische Demokratieentwürfe beitragen. Diese sind und sollten herrschaftskritisch, partizipatorisch, direktdemokratisch, bindungsorientiert, radikaldemokratisch und offen normativ engagiert sein¹ – als (Meta-)Theorien sowie politisch-praktische Haltung und Handlungen.

Das Nach-wie-Vor-Denken von/zu Frauen und Politik „muss dazu beitragen, Frauen als *politische Gruppe* entstehen zu lassen. Als Gruppe, die differente, ja konfligierende Interessen und Identitäten ausbildet. [...] Feminis-

stische Wissenschaft muss gesellschaftliche und politische Unterdrückungsmechanismen in ihrer Vielfältigkeit analysieren, sie muss je differente Begriffe von Geschlecht, gesellschaftlicher Herrschaft und Politik zur Verfügung stellen, mit der die vielfältigen Mechanismen von Ausbeutung, Marginalisierung und Ausschluss benannt, kritisiert und transformiert werden können. [...] Diese ist nicht als ultimative Großtheorie, sondern als ein permanentes Denkprojekt zu begreifen.“²

In diesem Sinn lassen sich die folgenden Einsätze verstehen – unterschiedliche Akzentuierungen der Probleme mit Demokratie, deren vertiefte Ausführung in der Publikation „*Frauen und Politik. Nachrichten aus Demokratien*“ vorliegt und die hier anzuzeigen ist.³ Demokratie kann zum einen heute nur noch als Simulation von Demokratie bezeichnet werden, als ein endloses medialisiertes Gerede. Zum anderen liegt Demokratie, vom Polisbegriff her

gesehen, konstitutiv Ausschlussverfahren zugrunde. In ihrer Verkoppelung an den Nationalstaat ist sie notwenig an Krieg gebunden: nach außen, wie auch die jetzige Terrorapokalypik zeigt, und nach innen, wo Frauen die Bedrohung der rationalen Vernunft der Staatsraison repräsentieren. Die Ankunft der Frauen in Demokratien nimmt ihren Weg ausgehend von den Hexenprozessen, also dem Ausschluss aus der Öffentlichkeit. (Dazu Gerburg Treusch-Dieter)

Demokratie muss immer gedacht werden mit Blick auf den öffentlichen Raum. Das Projekt einer radikalen Demokratie hat ihren Bezugsrahmen nicht in einer Politik von ExpertInnen, dem heutigen instrumentalistischen Modell, sondern in einem Verständnis des Politischen als nicht-rationalisierbare Dimension von Antagonismen. Der politische Raum ist grundsätzlich pluralistisch und keiner eines in neoliberaler ‚Freiheit‘ zu gewinnenden Konsenses, sondern einer der über leidenschaftliche (Macht-)Kämpfe und Wir-Sie-Setzungen, die immer wieder zur konfrontativen Verhandlung stehen müssen, erst wirklich wird. Feminismen müssen sich dessen bewusst sein. (Chantal Mouffe)

Demokratie verfehlt notwendig ihren Anspruch durch explizite Definitionen, die auch bloß der Sphäre des Meinens angehören. Doch existieren Begriffs- und realgeschichtlich unendliche Versuche, das Gebilde des Demos zu erfassen, von Ein- und Abgrenzungen von und zu dem Singulären, den Monismen, auch in ihrer kollektiven Form. Demokratie, in abendländischer Tradition, ist zwar verknüpft mit sozialer Gleichheit, die aber nur gültig ist für die Bürger des Nationalstaates. Die supranationale Verfasstheit der EU obliegt der gleichen Voraussetzung und stellt somit kein Vorbild für das Recht auf Menschenrechte dar. (Gerda Ambros)

Demokratie ist an das Städtische, also den Raum der Pluralität geknüpft. Nicht vom Individuum her kann Gerechtigkeit benannt werden, denn diese ist gebunden an ein relationales Gefüge. Pluralität, wenn sie verstanden wird als Überlebensbedingung und als Freude an der Verschiedenheit, ist Voraussetzung für Geschlechterdemokratie – wenn diese nicht bezogen bleibt auf das Bild der heterosexuellen Familie. Dem urbanen Subjekt ist der Ethos von Unvollständigkeit und Offenheit zueigen, also ein Differenzverständnis, das nicht auf Macht bezogen bleibt. (Andrea Günter)

Demokratie verstanden als Prozessierung von Gerechtigkeit ist zutiefst verbunden mit Politischer Ökonomie, was gegenwärtig bei den ‚demokratischen‘ Entscheidungsprozessen ausgespart bleibt. Nicht die an der Wirtschaft Beteiligten, nicht die notdürftig von dieser Versorgten – überwiegend Frauen – können über die hegemonial gewordene Ökonomie bestimmen. Marktherren und PolitikerInnen sind dabei, die Regulierungsformen des Staates und des öffentlichen Sektors auszuhebeln. Um Demokratie zu erhalten, bedarf es Revisionen und einer Re-Kreditierung von Staat aus ökonomischen Begründungszusammenhängen. (Luise Gubitzer)

Demokratien sind heute mehr durch die Zwänge der Marktwirtschaft bedroht als durch die Diktaturen des 20. Jahrhunderts. Die EU – als Vision gegen totalitäre Erfahrungen – ist in eine geistige Leere geraten, die weder erinnerungsfähig ist, noch über sich hinausweisen kann. Traditionsunterschlagung verunmöglicht es, Deutungen des Vergangenen an jene für die Gegenwart zu knüpfen und läuft somit in die Gefahr der Wiederholung. Der Verlust des jüdischen Denkens muss in kulturelle Selbstbesinnungen einbezogen werden,

um nicht als bloßer Riss der Geschichte zur Selbstentfremdung zu führen. (Eveline Goodman-Thau)

Demokratie und ihr krisenhaftes Verhältnis zur Kunst hat mit der Wiederkehr des Verdrängten zu tun. Kunst als Markierung einer Spaltung, eines Spaltes zwischen den offenen und verschlossenen Zonen einer Gesellschaft, kann, versteht sie sich nicht nur als televisionistische Quotenerfüllung, eine Differenz behaupten, die wenig mit der postmodernen Feier der Differenzen zu tun hat. Genealogisch entstanden aus dem religiösen Bereich, wo sie noch den Auftrag des Gemeinwesens, diesem sein Anderes zu be/deuten, innehatte, ist Kunst heute weniger subversiv, als es ihrem Selbstverständnis nach genehm ist. (Elisabeth von Samsonow)

Demokratie als Vision ist noch nicht – oder nicht mehr – wirklich durchdacht, da die aktuelle Realisierung ihre soziale Dimension, ihre sozialistische Geschichte wegschiebt. Mit einer Reaktualisierung von Rosa Luxemburgs Schriften und deren eigen ambivalenter Perspektive auf das Verhältnis von (Diktatur der) Massen und Freiheit, kann der Anspruch erhoben werden, dass Freiheit nicht nur eine der Wenigen sein darf, auch nicht die der Repräsentanten einer Partei, die das Wohl der Massen prolongiert. Es geht um die Fähigkeit der Menschen, selbst zu handeln, als jene, die sie sein können und werden wollen. (Frigga Haug)

Demokratie stellt sich – unter dem Aspekt der Parteiengeschichte – als eine Auslassungsprogrammatische hinsichtlich der Mitbestimmung von Frauen dar. Es schien und scheint der Ordnung dieser Art politischer Ausdrucksform immanent zu sein, Frauen als Wählerinnen wie als Politikerinnen mitzumeinen, aber ihre Interessen und Notwendigkeiten nicht zu teilen – wiewohl die Präsenz von Frauen in Regierungsposi-

tionen eine veränderte Geschlechterpolitik zeitigt. Frauen selbst sind einer in diesem Sinn überparteilichen Selbstvertretung gegenüber bislang ambivalent geblieben. (Andrea Ellmeier)

Demokratie ist historisch nicht zu trennen von der Selbstermächtigung des gehobenen Bürgertums. Die Psychoanalyse entstand in dieser Zeit – und als dessen Spiegel. Sie steht für das selbstdisziplinierte, aufgeklärte Subjekt, aber auch für die Entdeckung des nicht rationalisierbaren Un/heimlichen des Menschen, die dieser als Mann dem „schwachsinnigen“ Geschlecht unterschoob und damit Frauen für demokratieuntauglich erklärte. Heute kann die Psychoanalyse beitragen, die Sozio- und Psychodynamiken hinsichtlich der Integration/Exklusion in politischen Kulturen zu interpretieren. (Angela Moré)

Demokratie bleibt solange abstrakt, bis sie nicht gleichermaßen für alle gilt. Negativ konnotierte Differenzierungen durch „doing race and doing gender“ sind legitimiert durch Normalisierungsregimes und verleugnen ihre Partikularität. Die Kategorie „class“ als dritte rhetorisch gängige Unterdrückungsorganisationsform ist heute zu wenig in kritische Analysen einbezogen. Die Herausforderung besteht darin, diese Unterschiede weder aufzuheben noch zu addieren, sondern sie in ihren Interdependenzen begreifbar zu machen. (Maureen Maisha Eggers)

Demokratie verdient ihren Namen nicht, solange ihre Einbettung in den globalisierten Kapitalismus als Form des Patriarchats nicht erkannt wird. Für Frauen bedeutet dies eine wachsende Prekarisierung, da weder durch Haus- noch Lohnarbeit ihre Existenz ohne Selbstverbrauch gesichert ist. Auch die Technologisierung der Lebenswelt entspringt den Enteignungsprozessen weiblicher Produktivität. Frauen haben die Möglichkeit, die Prozeduren ihrer

Ausbeutung zu internalisieren oder nach Alternativen zu suchen. (Claudia von Werlhof)

Demokratie wird entleert. Die androzentrische neoliberale Ideologie transformiert die generative Reproduktion in eine High-Tech-Kapitalisierung des Körpers, die geschlechterspezifischen Machtverhältnisse in eine Pseudoaufhebung und feministische Anliegen in einen „Genderismus“. Am verlorenen Begriff der Selbstbestimmung der Frauenbewegung lässt sich ablesen, dass die aktuell erforderliche Selbstregierung eine Vereinnahmung des politischen und kollektiven Autonomieethos darstellt. Eine „feminist citizenship“ wäre eine zukünftige Option in der Gegenwart. (Lisbeth N. Trallori)

Demokratie als Garantie allgemeiner BürgerInnenschaft existiert nicht, solange Migrantinnen am Gemeinwesen eines europäischen Staates nicht teilhaben. Populistische Integrationsdebatten und –maßnahmen rekurren auf ein homogenes und stereotypisiertes Bild armer unterdrückter Frauen und auf deren Anpassung an normative Lebens- und Arbeitsformen, von denen sie aber zugleich ausgeschlossen sind. Um diesen ausgrenzenden Inklusionen einen Widerpart zu geben, sind migrantisch-politische Selbstorganisationen unumgänglich. (Luzenir Caixeta/Elisabeth Cepek-Neuhauser)

Demokratie – synonymisiert mit liberaler Marktwirtschaft – verkauft das „Gender“-konzept scheinbar umstandslos überall hin. Durch die Annahme von Geschlecht als Identitätskonstruktion wird ein strukturelles Verhältnis auf Zugehörigkeit reduziert. Die berechtigte Ablehnung von Weiblichkeitsklischees trifft, da diese einem segregierenden System entsprach, im Postfordismus ins Leere. Zur Frage steht die Kollaboration der diskursiven Zerschlagung feministischer Kollekti-

vitäten mit dem neoliberalen Regime, das flexible und entpolitisierte Individuen fordert. (Tove Soiland)

Demokratie heute entpuppt sich eher als liberale Oligarchie, die vom Vermeiden politischer Konflikte und Verschwinden widerständiger Anliegen lebt. Doch gänzlich lassen sich subversive Haltungen und Handlungen nicht aufheben. Die „queere“ Perspektive intendiert Alternativen zu normativen Festlegungen, um damit eine plurale Gesellschaft zu ermöglichen. Die Auseinandersetzung mit „queer“ bedarf einer Reflexion der verschiedenen Konzepte und Rezeptionen dieser Strategie, die zwischen Beliebigkeit sowie Anerkennung der Vielfalt menschlicher Da/Seinsformen schillert. (Gudrun Perko)

Demokratie in Verbindung mit muslimischen Frauen wird a priori kritisch beäugt. Ungerechtfertigte, aber auch legitime Urteile verunmöglichen eine sachliche und würdigende Beschäftigung mit dem Thema. Islam und Moderne seien genauso wenig kompatibel wie die Partizipation von Musliminnen in (westlichen) Gesellschaften. Es geht jedoch – nach aussen wie nach innen – um dringliche Differenzierungen: die islamische männerdominierte Community bedarf der Aufklärung; Musliminnen sind keine einheitliche Gruppe; Traditionen und Theologie sind nicht identisch. (Carla Amina Baghajati)

Demokratien ermangelt es an Partizipationsmöglichkeiten von Frauen und Minderheiten. Die unterschiedlichen sozio-kulturellen Praktiken – für jedes Gemeinwesen konstitutiv – werden öffentlich nicht wahrgenommen. Soziale Bewegungen – weltweit – fordern und fördern angesichts der universalistischen Globalisierung Basisdemokratie und Solidarische Ökonomien. Die zapatistische Bewegung z.B. praktiziert in ihrer Selbstverwaltung das Modell, wonach man „sich nach dem Lang-

samsten richten“ sollte, also Entscheidungsfindungen nicht an mehrheitlichen und ökonomisch effizienten Kriterien zu orientieren sind. (Utta Isop)

Demokratie sollte auf demokratischen Entscheidungsfindungsprozessen basieren. Kommunikation von – und Kooperation in – verschiedenen Interessenslagen ist eine Kompetenz, die erlernt werden müsste und gelernt werden kann wie andere Befähigungen auch, die aber als besondere Qualität nicht wahrgenommen und nicht gewusst wird. Erkenntnisse und Erfahrungen der Gruppendynamik sind hier vonnöten, denn wenn kollektive Prozesse nicht bewusst gesteuert werden können, wird Frustration und antidemokratisches Verhalten erzeugt. (Regina Trotz)

Demokratie ist wie jegliche Organisation von Menschen imprägniert von unsäglichen Leidenschaften. Durch rationalisierte Verleugnung werden diese gebannt und Widersprüche nivelliert. Was als demokratischer Konsens sich darstellt, ist zumeist ein machtdurchzogener Kompromiss. In der universalisierten männlich-ökonomisierten Partikularität, die das ihr Andere nicht erträgt und zum Verlöschen bringt, sind Pluralitäten nicht existent. Es ginge darum, dass Frauen ihr womöglich anderes politisches Begehren finden müssen, wozu es der Konfronta-

tionen zwischen ihnen bedarf. (Birge Krondorfer)

Mit einer solchen Textversammlung ist es so wie mit der Demokratie: Sie ist niemals zu beenden; es fehlt beständig die eine oder andere Perspektive, die es braucht zur Ergänzung oder die benötigt wird zum Widerstreit. Denn ein wirkliches demokratisches Terrain verbietet singuläre Optionen und Lösungen.

„Das politische Gewicht, das der Pluralität zukommt, ergibt sich aus der Erfahrung ihrer Zerstörung und Zerstörbarkeit. [...] Mit ihrer Abschaffung und ihrer Ersetzung durch den Automatismus einer Ideologie wird das Entscheidende, was Menschen tun können, nämlich selber zu denken und zu handeln, aus dem Gang der Ereignisse ausgeschaltet, bis sie sich selbst zum Stoff eines scheinbar zwangsläufigen Geschichtsstroms machen und sich die Frage nicht mehr stellen, wie man das Schwimmen im Strom überhaupt vermeiden kann.“⁴

Die Kritik an bestehenden Demokratien ist hier jene, dass sie nur eine bestimmte Antwort auf das politisch Kollektive als dessen permanente Frage anbieten und damit sich selber verfehlen. Und dass es so nicht weitergeht. Das Reden vom Ende birgt die Möglichkeit im Denken und (Ver-) Handeln von Neuanfängen.

Anmerkungen

- 1 Vgl.: Barbara Holland-Cunz: Sieben Thesen zu einer feministischen Theorie der Demokratie. In: Geschlechterdemokratie wagen, Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.), Königstein/Ts. 2003, S. 52-69.
- 2 Birgit Sauer: Was kann feministische Wissenschaft für Geschlechterdemokratie leisten? In: http://www.glow-boell.de/de/rubrik_1/4_35.htm Berlin 2000, S. 13f [Stand 8.1.2008].
- 3 Birge Krondorfer, Miriam Wischer, Andrea Strutzmann (Hg.), Promedia Wien

2008. Entstanden im Kontext der Bildungsstätte Frauenhetz – feministische Bildung, Kultur und Politik, Wien.

- 4 Christina Thürmer-Rohr: Grenzen setzen. Demokratiefeindliche Gruppen auf demokratischem Weg an die Macht. In: Fokus: Demokratie. Partizipieren – Intervenieren – Analysieren. Olympe. Feministische Arbeitshefte zur Politik. Heft 25/26, Ottenbach Dezember 2007, S. 101f.

Chantal Mouffe: Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. edition suhrkamp, Frankfurt/M., 2007 (170 S., € 9.–)

Martin Nonhoff (Hg.): Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, Transcript Verlag, Bielefeld 2007 (250 S., € 25.80)

Im Laufe der 1970er und 1980er Jahre hatten die feministischen, ökologischen und identitätspolitischen Bewegungen Forderungen und AkteurInnen ins Zentrum der politischen Aufmerksamkeit gespült, die für marxistische Theorie und Analyse nicht leicht zu fassen waren. Sie waren der Ausgangspunkt für Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, die die Erfahrung der „Neuen Sozialen Bewegungen“ in ihrem 1985 erschienenen Buch „Hegemony and Socialist Strategy“ auf hohem theoretischen Niveau zu reflektieren trachteten. Ziel war eine Gesellschaftstheorie, die den vielfältigen neuen Konfliktlinien und dem spürbaren Niedergang der „alten“ ArbeiterInnenbewegung Rechnung tragen sollte. Marxistische Theorien dienten ihnen dabei zwar als Referenzsystem, letztlich sollte aber die immanente Kritik zur „Dekonstruktion des Marxismus“ (so der Untertitel der 1991 veröffentlichten deutschen Übersetzung „Hegemonie und radikale Demokratie“) führen, der die Tore zu einem „postmarxistischen“ politischen Projekt aufstoßen sollte.

„Dekonstruiert“ wurden folgerichtig „Subjekt“, „Gesellschaft“ und alle „Essentialismen“, die Laclau und Mouffe in der marxistischen Tradition zu finden glaubten – insbesondere dort, wo am Begriff der (ArbeiterInnen-) Klasse als in irgendeiner Weise privilegierter Akteurin gesellschaftlichen Wandels festgehalten wurde. Herzstück

dieser theoretischen Intervention war eine Umdeutung – oder Neuformulierung – des von Antonio Gramsci entlehnten Hegemoniebegriffs. Ursprünglich ein Versuch, die Modi politischer Herrschaft der Bourgeoisie in modernen kapitalistischen Gesellschaften als komplexes Zusammenspiel von Zwang und Konsens und der Verallgemeinerung von partikularen Interessen zu begreifen, bezeichnete „Hegemonie“ nunmehr eine Praxis, in der auf viel allgemeinere Weise die Brücke vom Partikularen zum Allgemeinen geschlagen wird und dadurch Diskursformationen etabliert werden. Dies geschieht, indem einzelne diskursive Elemente zueinander äquivalent gesetzt werden, und zwar um einen „leeren Signifikanten“ und in bezug auf eine ebenso äquivalent gesetzte Kette des „Anderen“. Durch dieses Spiel von Äquivalenz und Differenz werden Knotenpunkte geschaffen, um die sich Diskurse formieren: nicht a priori festlegbare soziale Kräfte (wie „Kapital“ und „Arbeit“) stehen demnach einander, mit entgegengesetzten Interessen ausgestattet, im Kampf gegenüber, sondern diese Kräfte entstehen als politische Identitäten erst in der Auseinandersetzung selbst.

Ein Antagonismus, so die These, bezeichnet somit ein Verhältnis von gegnerischen Identitäten, die selbst keinerlei positiven Inhalt besitzen, sondern sich allein negativ, im Gegensatz zu dem als anders konstruierten konstituieren – und von diesem anderen zugleich davon abgehalten werden, eine „volle“, eindeutige Identität auszubilden. Eine privilegierte Position des Proletariats im antikapitalistischen Kampf anzunehmen, so lautete die damit verbundene politische Losung, wäre nichts weiter als ein essentialistischer Kurzschluss, Erbe einer historischen Irrtümern aufsitzenden Tradi-

tion von Marx bis Gramsci. Diese gehe fälschlicherweise davon aus, es gebe eine den politischen Artikulationen vorgängige materielle „Basis“ der Produktivkräfte und sie organisierende Produktionsverhältnisse, weshalb das Klassenverhältnis als „wesentlicher“ für ein Verständnis und die Überwindung des Kapitalismus gehalten wurde und wird. Einer „postmarxistischen“ Linken müsse es vielmehr darum gehen, die potentiell unendliche Menge möglicher Antagonismen so zu organisieren, dass eine breite Allianz „populärer“ AkteurInnen sich um einen Knotenpunkt, einen „leeren Signifikanten“ konstituiert.

Seither haben Laclau und Mouffe in regelmäßigen Abständen publizistisch nachgelegt, das eigene Theoriengerüst weiterentwickelt und im Zuge dessen mit der *Essex School* gar eine eigene theoretische Schule begründet. Auch im deutschsprachigen Raum, wo das immer noch als zentraler Referenzpunkt dienende Hauptwerk „Hegemonie und radikale Demokratie“ bereits 1991 im Passagen Verlag erschien, ist die Debatte nicht abgeebbt. Davon zeugen aktuell der von Martin Nonhoff herausgegebene Sammelband „*Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie*“ sowie die Veröffentlichung von Chantal Mouffe's jüngstem Essay „*Über das Politische*“ in deutscher Übersetzung. Unter demokratiethoretischen Gesichtspunkten ist besonders Chantal Mouffe's Fortentwicklung des postmarxistischen Projekts interessant, da sie sich explizit mit Fragen der Demokratie in einer „globalisierten Welt“ beschäftigt und die Auseinandersetzung mit den prominentesten Protagonisten der Debatte – vor allem den „neuen Sozialdemokraten“ Anthony Giddens, Ulrich Beck und andere – sucht. In diesen Beiträgen zeigen sich besonders deutlich die Grenzen des

postmarxistischen Projekts für Strategien progressiver, linker Politik – aber auch lohnende Anknüpfungspunkte für die Kritik der sich linksliberal gerierenden Apologeten des realexistierenden Neoliberalismus.

Diese Kritik steht im Zentrum von „*Über das Politische*“, Ziel der mit Eifer vorgetragenen Angriffe ist die, von oben genannten Autoren verbreitete, „kosmopolitische Illusion“. Diese beruht auf der Diagnose, die gegenwärtige Epoche zeichne sich durch die Verflüssigung ehemals stabiler kollektiver Identitäten, das tendenzielle Obsoletwerden von Verteilungskonflikten und das Ende von „Traditionen“ als Orientierungsraster persönlicher wie gesellschaftlicher Lebensentwürfe. Daraus ergäben sich die Möglichkeit und auch Notwendigkeit einer neuen Form der Politik: die „Subpolitik“ in Ulrich Becks „reflexiver Moderne“, die „Politik der Lebensführung“ in Anthony Giddens' „posttraditionaler Gesellschaft“. Gemeinsam ist diesen, so Mouffe's Kritik, dass die Politik ihres antagonistischen Charakters beraubt, politischer Wettbewerb und Interessenkonflikte eliminiert und der Begriff des „Gegners“ aus ihrem Vokabular gestrichen wird. Wo sie gegen diese „postpolitische Vision“ anschreibt, sind Mouffe's Argumente am überzeugendsten. Ihre Kritik bewegt sich dabei entlang zweier Linien.

Einerseits sitzen Beck, Giddens und andere einem grundlegenden theoretischen Fehlschluss auf, wenn sie das Verschwinden gesellschaftlicher Antagonismen konstatieren. Die Ironie der Sache liegt darin, dass diese Diagnose sich im Ausgangspunkt von jener von Mouffe und Laclau Mitte der 1980er Jahre entwickelten wenig unterscheidet. Beiden Positionen ist gemein, dass sie im Niedergang von Gewerkschaften und Arbeiterparteien das Ende einer

Epoche zu erkennen glauben, die vom Gegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital geprägt war. Doch wo die Theoretiker des „Dritten Wegs“ wie Beck und Giddens eine *Auflösung* sozialer Spaltungslinien konstatieren, sehen Laclau und Mouffe deren *Vervielfachung*. Eine Gesellschaft ohne Antagonismen, ohne notgedrungen kollektive Identitätsformierungen als „Wir“ und „Sie“, ist aus postmarxistischer Perspektive schlicht undenkbar. Das Politische ist deshalb, und nur deshalb, politisch, weil zukünftige gesellschaftliche Entwicklungen nicht vorbestimmt, sondern Gegenstand von Entscheidungen sind, in denen bestimmte Optionen, Interessen und Wünsche zugunsten anderer unterdrückt werden. In Chantal Mouffe's Worten: „Jede gesellschaftliche Ordnung ist politischer Natur und basiert auf einer Form von Ausschließung“ (S.27). Die postpolitische Position verkennt also den konstitutiven Charakter der Antagonismen und entführt kritische Gesellschaftstheorie in eine harmonistische Utopie.

Neben dieser theoretischen Kritik steht eine politische, die die postpolitische Vision als veritable Gefährdung demokratischer Gesellschaften brandmarkt. Indem politische Parteien sich jene zueigen machen, eliminieren sie nämlich die *differentia specifica* der Demokratie überhaupt: die Möglichkeit, zwischen unterschiedlichen, klar voneinander abgegrenzten politischen Inhalten zu entscheiden. Stattdessen wird ein politischer Diskurs produziert, der sich um scheinbar objektiv vorhandene, alle BürgerInnen gleichermaßen betreffende „Probleme“ anordnet, die es zu lösen gilt (exemplarisch zusammengefasst in Ulrich Becks 1986 formuliertem Diktum der „Riskikogesellschaft“: „Not ist hierarchisch, *Smog ist demokratisch*“). Insbesondere die europäische Sozialdemokratie hat sich

hier als Vorreiterin betätigt. Die Schröder-Blair-Achse (und ihr Schatten, die Beck-Giddens-Achse) war die sortenreine Verkörperung dieser Post-Politik, in der es, wie Tony Blair einst meinte, keine linke oder rechte Politik mehr gebe, sondern nur gute oder schlechte.

Die Ergebnisse dieser Entleerung des demokratischen Prozesses sind heute in all ihrer Dramatik zu erkennen. Das politische Koordinatensystem des Neoliberalismus wurde praktisch von fast allen Parteien übernommen; die scheinbare Alternativlosigkeit neoliberaler Politik führt einerseits zum exzessiven Einsatz von Werbe- und Marketingstrategien durch die politischen Parteien, um möglichst viele der immer weniger abgegebenen Wahlstimmen zu erheischen, andererseits eröffnet sie den Raum für „populistische Rechtsparteien“, die sich als „Anti-Establishment-Pol“ positionieren und neue, nationalistische Wir-Sie-Gegensätze anbieten.

Die Demokratie wird also durch jene bedroht, die sich selbst deren „Demokratisierung“ (Giddens) auf die Fahnen schreiben. Politisch, weil die etablierten Parteien in einen inhaltlich kaum differenzierten Grundkonsens aufgehen; und theoretisch, weil in deren „post-traditionaler“, „reflexiver“, „zweiten Moderne“ jede politische Kraft, die sich gegen den neoliberalen Konsens stellt, nur als archaischer Überhang traditionaler AkteurInnen gelten kann. Hier bemerkt Chantal Mouffe treffend, dass die Thesen von der „Politik ohne Gegner“ sich selbst überrumpeln. In die Behauptung, es gebe keine „Wir-Sie-Opposition“ mehr, ist nämlich selbst eine scharfe Ausgrenzung eingelassen: jene, die dieser These widersprechen, sind deren radikales Außen, sind „Traditionalisten“ oder „Fundamentalisten“, die sich „gegen den Lauf der Geschich-

te“ stellen und daher auch nicht zur Teilnahme an der dialogischen Debatte zugelassen werden dürfen. Politik wird folglich immer stärker „im Register der Moral“ ausgetragen.

„Über das Politische“ ist also in erster Linie eine Streitschrift, die eine Reihe zielsicherer Treffer gegen die Theoretiker des Kosmopolitismus für sich verbuchen kann, wenn auch stets mit der gleichen Angriffsbewegung: die Nichtanerkennung des konstitutiven Charakters von Antagonismen für die Politik führt demokratiepolitisch wie -theoretisch ins Verderben. Doch was sind ihre Alternativen? Dazu sind, neben einigen Passagen in „Über das Politische“, zwei Beiträge in Martin Nonhoffs Sammelband besonders aufschlussreich: jener von Chantal Mouffe selbst, in dem sie ihren eigenen Vorschlag für eine „gute Gesellschaft“, das Modell eines „agonistischen Pluralismus“, skizziert; und der Text von Alex Demirović, der die theoretischen Grundlagen des postmarxistischen Projekts einer scharfen Kritik unterzieht.

Kurz gefasst schlägt Chantal Mouffe als Gegenentwurf zur „kosmopolitischen Illusion“ ein Modell der Demokratie vor, das zwar die notwendige Existenz von Antagonismen in jeder Gesellschaft anerkennt, diese aber in ein Verhältnis des „Agonismus“ überführt: nicht Relationen zwischen *Feinden*, die einander zu vernichten trachten, macht dann das soziale Gewebe aus, sondern solche zwischen Gegnern, die sich und ihren Positionen gegenseitig Legitimität zusprechen. Mouffe's Vorschlag läuft also letztlich darauf hinaus, einen gemeinsamen Rahmen für politische Auseinandersetzungen zu schaffen, der Dissens und Konflikt ausdrücklich fordert und fördert.

Das aus kritischer Perspektive entscheidende Problem dieses Ansatzes

ist jedoch nicht schwer zu erkennen. Die Fragen drängen sich nachgerade auf: Wer legt diesen Rahmen fest? Welche Konflikte sind als „legitim“ zu betrachten, welche nicht? Und geht es linker Politik nicht gerade darum, die Grenzen des Denk-, Sag- und Machbaren zu verschieben, die Selbstverständlichkeiten der bürgerlichen Gesellschaft und ihres Alltagsverstands zu durchbrechen? Mouffe's Antworten darauf fallen dürftig aus, ihr Projekt der agonalen Demokratie bleibt ungreifbar. Die seltenen Stellen, an denen sie etwas konkreter wird, wirken jedenfalls überaus handzahn, ihr Plädoyer für einen „Föderalismus, der Solidarität und Wettbewerb miteinander verbindet“, wenig überzeugend. Und es sind nicht zuletzt die theoretische Grundlagen des Post-Marxismus, die diesen Weg geebnet haben. Denn indem sie der Organisation der Produktionsverhältnisse, der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und den Eigentumsverhältnissen jeden strukturierenden Effekt absprechen, können Chantal Mouffe und Ernesto Laclau Kämpfe, die über Ausbeutung, Wettbewerb und Markt hinausweisen, gar nicht mehr denken.

Dies macht auch Alex Demirović in seinem Beitrag deutlich, der zeigt, dass trotz aller Beteuerungen Laclau's und Mouffe's, dass „außerdiskursive“ Realitäten für die Erklärung des Politischen bedeutungslos wären, auf gerade solche doch immer wieder rekuriert wird und werden muss. So kehrt bei Laclau und Mouffe „die ausgegrenzte vordiskursive Wirklichkeit (...) auf eher krude Weise in den Erklärungszusammenhang (zurück), während gerade das, was kritisierte Autoren wie Marx, Gramsci oder Foucault interessiert hat, der Zusammenhang zwischen objektiven sozialen Prozessen und Diskursen, nicht näher untersucht wird“.

Indem der Antagonismusbildung ein konstitutiver Status für das Politische schlechthin zugestanden wird, kann nicht mehr erklärt werden, weshalb bestimmte Äquivalenzketten wahrscheinlicher oder erstrebenswert sein sollten – und andere eben nicht. Diese und viele weitere Einwände sind auch dann nachvollziehbar, wenn man Demirović's stark an Adorno orientierter Gegenkonzeption nicht in allen Punkten zustimmen mag. Seine Feststellung, dass „zur Überwindung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, des Sexismus, des Rassismus (...) Laclau und Mouffe keinerlei Konzepte außer dem vage bleibenden Begriff der

Sergio Bologna u.a. (Hrsg.): Selbstorganisation. Transformationsprozesse von Arbeit und sozialem Widerstand im neoliberalen Kapitalismus. Die Buchmacherei, Berlin 2007 (213 S., € 12.–)

Die Zeiten, in denen der Neoliberalismus das Denken der Gesellschaft, keineswegs bloß der „Eliten“, bestimmte, sind vorbei. Wenn man von neoliberaler Hegemonie sowie Versuchen, ein gegenhegemoniales Projekt zum Neoliberalismus aufzubauen, spricht, muss klar sein, was mit Hegemonie gemeint ist. Es handelt sich dabei nicht um ein Zwangs- oder Gewaltverhältnis, sondern um eine Herrschaftsform, die auf der – passiven oder aktiven – Zustimmung der Mehrzahl der ihr Unterworfenen beruht. Eine solche Zustimmung ist nur möglich, wenn an der Lebens- und Arbeitssituation der Menschen angeknüpft, ihre Erfahrungen thematisiert und ihre Bedürfnisse zumindest teilweise artikuliert werden. Dann stellt sich die Frage, an welche Erfahrungen der Subjekte der

Demokratie (anbieten)“ (S.77), wird jedenfalls kenntnisreich unterlegt.

Als Konklusion bleibt festzuhalten: In der Abrechnung mit Beck, Giddens und anderen finden sich eine Reihe lohnenswerter Argumente, die es zum Aufbrechen neo-sozialliberaler Gewissheiten in Anschlag zu bringen gilt. In der Formulierung alternativer Strategien treten jedoch die gravierenden Probleme eines theoretischen Ansatzes zutage, der sich von zentralen Erkenntnissen kritischer Gesellschafts- und Sozialtheorie längst verabschiedet hat.

Benjamin Opratko

Neoliberalismus anknüpfen konnte und was dies für eine systemtransformierende Praxis bedeutet.

Der Zusammenhang zwischen den zehn Beiträgen des Sammelbandes wird durch die gemeinsame Orientierung der Fragen nach Wandel der Arbeitsorganisation, Entstehungs- und Handlungsbedingungen sozialer Bewegungen, der Subjektconstitution sowie Selbstorganisation hergestellt. In einem ersten Block liegt dies in eher theoretischer Form vor, im zweiten anhand von Beispielen aus der sozialen Praxis. Abschließend wird mit dem Thema „prekäre Arbeitsverhältnisse“ eine aktuelle Diskussion aufgegriffen.

Ebenso gemeinsam ist den Beiträgen ein transformatorisches bzw. „radikales“ Reformverständnis. „Reformen“, so die Herausgeber, „orientieren sich hier nicht an den von den Erfordernissen des Kapitals vorgegebenen Grenzen, sondern daran, inwieweit sie Bedingungen für eine Transformation der kapitalistischen Gesellschaftsforma-

tion in sich tragen und somit über die im Kapitalismus grundsätzlich zur Disposition stehenden Verbesserungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen hinaus nachhaltige Veränderungen befördern“ (S. 11).

In einer aufschlussreichen Rekonstruktion der psychosozialen Auswirkungen, die mit der (gewaltförmigen) Durchsetzung des Kapitalismus einhergehen, macht Holger Heide in seinem Beitrag „Angst und Kapital. Warum Widerstand im Postfordismus so schwierig ist“ einen Vorschlag, wie sich die Entstehung dieser beiden konträren Vorstellungen von Reform erklären lässt und was notwendig ist, um ein transformatorisches Reformverständnis zu stärken.

Die gewaltförmige Durchsetzung des Kapitalverhältnisses habe zu einer „kollektiven Traumatisierung“ geführt, die sich in einer unbewussten „Identifikation mit dem Aggressor“, d.h. dem Kapital, äußere. Konsequenz hieraus sei eine ungerichtete Wut als Reaktion auf die verdrängte Angst auf der einen Seite, der Verlust an den Glauben an Alternativen zum Kapitalismus *als System* und damit das Sich-Bescheiden auf die Beseitigung von Ungerechtigkeiten *innerhalb* des Systems auf der anderen Seite. Nur wenn die in jedem und jeder Einzelnen sitzende Angst und Wut in einer solidarischen Anstrengung bearbeitet (durchgearbeitet) werde, könne sozialer Widerstand über das Bestehende hinaus zu alternativen Projekten führen. Heide macht deutlich, dass es die Subjekte sind, die den Kapitalismus durch ihr Denken und Handeln mit reproduzieren und zeigt, dass ein unvermittelter Appell an die Subjekte, „auf[zuh]ören, den Kapitalismus zu machen“ (John Holloway), wenig Aussicht auf Erfolg haben wird, wenn dabei die Bearbeitung der Ängste nicht ernstgenommen wird.

Wird die Verschränkung von Subjekt und Objekt, von Individuum und Gesellschaft bei Heide primär von der „subjektiven Seite“ her entwickelt, so rücken Athanasios Karathanassis und Lars Meyer die „objektiven“ polit-ökonomischen Wandlungsprozesse des Kapitalismus in den Mittelpunkt und untersuchen, was diese für die Formierung und Beschaffenheit sozialer Bewegungen und die spezifischen Subjektivierungsformen in der Lebens- und vor allem Arbeitswelt bedeuten. Karathanassis macht mithilfe der Regulationstheorie klar, dass die Stärke der klassischen „alten sozialen Bewegungen“ in ihren bürokratisch-großorganisatorischen Formen von Gewerkschaften und reformistischen Arbeiterparteien an einen bestimmten Entwicklungsstand des Akkumulationsregimes gebunden war und nur eine besondere Form der Regulation des Kapitalverhältnisses darstellt.

Mit dem Übergang zum Postfordismus werden diese bürokratischen Großorganisationen in zweifacher Weise in Frage gestellt: Sie werden einmal als Verhandlungspartner in einem korporatistischen „Wettbewerbsbündnis“ für die Kapitalstrategien immer entbehrlicher. Und dann entsprechen sie immer weniger den Bedürfnissen nach Autonomie und Selbstorganisation. Die Widersprüchlichkeit der „neuen Autonomie“ in der Arbeitswelt thematisiert Lars Meyer in seiner arbeitssoziologischen Skizze. Diese ergibt sich dadurch, dass mit betriebswirtschaftlichen Konzepten der „indirekten Steuerung“ zwar den Bedürfnissen nach Selbstbestimmung und Selbstverantwortung entgegengekommen wird. Da der Rahmen jedoch durch Imperative der Kapitalverwertung diktiert wird, komme es zu einer pathologischen Verkehrung, die sich in Selbstausbeutung, Intensivierung von Arbeit, Stress,

Krankheit u.a.m. äußere. Empirisch untermauert werden die theoretischen Beiträge durch Beispiele sozialen Widerstands. Selbstorganisation spielt hier eine wesentliche Rolle, so bei den französischen SUD-Gewerkschaften sowie der *confédération paysanne* bei Willi Hajek, ebenso wie in Inken Wanzeks Beitrag über das NCI-Netzwerk bei Siemens München.

Sergio Bologna widmet sich der Struktur des italienischen Akkumulationsregimes und der sozialen Figur des Neuen Selbständigen, der mithilfe seiner mobilen Intelligenz und seiner kommunikativen sowie affektiven Kompetenzen das Geld verdienen. Nach einem Abstecher in die Cluster-Theorie tritt Bologna sowohl dem Hype um Prekarität als auch der Vorstellung von emanzipativer Strategie entgegen: Neue Selbständigkeit sei – zumindest in Ita-

lien – vor allem ein individualisiertes Risiko in einem deregulierten Arbeitsmarkt, weniger eine Chance.

Die anvisierte „organisierte Selbstorganisation“ (Lars Meyer) wird dann gelingen, wenn die Wandlungsprozesse im Postfordismus verstanden werden und man sich fragt, inwiefern die Modelle, Ansprüche und Bedürfnisse (Autonomie etc.) eingelöst werden könnten. Das Experimentierfeld dafür sind die sozialen Bewegungen; ebenso ist eine Revitalisierung der Parteien und Gewerkschaften als Akteuren sozialen Widerstands notwendig. Denn ein Zurück zu den scheinbar „goldenen Zeiten“ des Keynesianismus, dessen ökologische und globale Kosten gerne übersehen werden, dürfte ausgeschlossen sein.

Bernd Hüttner/Alexander Schlager

Roland Erne: European Unions. Labor's Quest for a Transnational Democracy. Cornell University Press, Ithaca/New York 2008 (260 S., \$ 29.95)

Kapital als soziales Verhältnis hat, seit es als sozial-ökonomische Realität existiert, viele Häutungen erfahren. Die letzte Welle ökonomischer Globalisierung etwa hat dem Kapitalverhältnis einen *geographical reach* einverleibt, der die immanente Machtasymmetrie zwischen Lohnarbeit und Kapital vergrößerte: Global hochgradig mobiles Kapital hat seine Reproduktionskreisläufe internationalisiert und damit vermannigfaltigt; demgegenüber ist die politische Reproduktion von Lohnarbeit nach wie vor nationalstaatlich fixiert. Das Projekt europäischer Integration lässt sich auf den ersten Blick als ein politisches Manöver zur Unterlau-

fung von Globalisierung interpretieren. Mit der Schaffung des europäischen Binnenmarktes und der Einführung einer potentiell europaweiten Währung haben sich die beteiligten Nationalstaaten gleichsam einen Schutzraum geschaffen, für den einheitliche Regeln, Normen und Gesetze gelten.

Aller Europäisierung zum Trotz gilt freilich nach wie vor, dass die Mitgliedsländer der EU über spezifische nationale Akkumulationsregime verfügen und sich durch hochgradig unterschiedliche Sozialmodelle auszeichnen. Während die Systemintegration sich heute europäisiert und in manchen Fällen sogar globalisiert hat, findet die Sozialintegration nach wie vor in nationalen Räumen statt. Für die organisierte Lohnarbeit bedeutet dies, daß ihre Machtbasis der Nationalstaat ist. Diese Ungleichzeitigkeit ist nicht

allein ein Fundamentalproblem gewerkschaftlicher Organisierung und Politik, es ist auch eines für die europäische Marktordnung sowie für das Projekt „europäische Demokratie“.

Der Ausgangspunkt der Untersuchung von Roland Erne ist ein weithin konstatiertes Demokratiedefizit der Europäischen Union, das oft darauf zurückgeführt wird, daß europäische Integration ein Elitenprojekt sei und dem Europa der EU eine öffentliche Sphäre fehle, die überhaupt erst die Voraussetzung für Auseinandersetzungen über Demokratie sei. Erne sieht in den nationalen Gewerkschaftsbewegungen gleichsam natürliche Kandidaten, um zum einen öffentliche Sphären herzustellen und zum anderen europaweite soziale Konflikte auszutragen, die dann wiederum zum Motor demokratischer Bewegungen werden können.

Erne sieht vier idealtypische Verhaltensweisen gegenüber dem Prozeß europäischer Integration: 1) Eine Euro-Demokratisierungsstrategie, wie sie von Sozialwissenschaftlern wie Jürgen Habermas und Rainer Lepsius seit langem propagiert wird. Im Zentrum steht die Beförderung eines europäischen öffentlichen Raumes, in dem Akteure politische Debatten und Konflikte über EU-Politiken austragen. 2) Eine Euro-Technokratie-Strategie, bei der Akteure sich darauf beschränken, regulatorische und gesetzliche Maßnahmen der EU im Rahmen intergouvermentaler Verhandlungsstrukturen zu diskutieren und letztendlich umzusetzen. 3) Eine technokratische Renationalisierungsstrategie, bei der politische und ökonomische Akteure ökonomische Entwicklungen als Anpassungsdaten nehmen, um die Wettbewerbsfähigkeit nationaler Akkumulationsregime zu verbessern. 4) Eine demokratische Renationalisierungsstrategie, bei

der politische Akteure für größere demokratische Spielräume kämpfen, die sie in erster Linie innerhalb ihrer Nationalstaaten verortet sehen. Es ist augenscheinlich, daß eine ganze Reihe politischer und ökonomischer Akteure idealtypisch unter diesen Signen beschrieben und analysiert werden könnten. Woran Erne freilich genuin interessiert ist, ist die Frage, ob *Gewerkschaften* Akteure von Strategien sein können und wollen.

Seine Fallstudien führen ihn zu der Schlußfolgerung, daß Gewerkschaften im Prozeß europäischer Integration eine Schlüsselrolle für eine europaweite Demokratisierung gespielt haben und noch weiter spielen, dies weniger, weil Gewerkschaften einen europäischen Demokratisierungsauftrag hätten, als vielmehr aufgrund des simplen Tatbestandes, daß sich die gewerkschaftliche Arena, also die Entscheidungen über Löhne und Arbeitsplätze, europäisiert haben. Zwar kann von einem etablierten EU-weiten *Collective Bargaining* keine Rede sein, doch zeigt Ernes Untersuchung, daß sich ein europaweites gewerkschaftliches Kommunikationsnetzwerk herausgebildet hat, das auf der Grundlage von Benchmark-Richtlinien sowie des Austausches von Informationen und Personen funktioniert.

Die European Trade Union Confederation (ETUC) spielt in diesem Vernetzungsprozeß die zentrale Rolle, und es ist deshalb kein Zufall, daß Erne sich vor allem auf Daten und Informationen des ETUC (sowie des Europäischen Gewerkschaftsinstituts mit Sitz in Brüssel) stützt. Die seitens des ETUC als Benchmark ausformulierte produktivitätsorientierte Lohnpolitik wurde in der Vergangenheit vor allem von den deutschen Gewerkschaften praktiziert, blieb aber bis heute eine von anderen europäischen Gewerkschaften nur wenig beachtete Strategie.

Mit einer gewissen Reserve lese ich Ernes Fallstudien zum europäischen Collective Bargaining, vor allem weil die ökonomische Analyse nicht zu den Vorlieben des Autors gehört. Die kurzen Ausführungen zu den Lohnregimes einzelner EU-Volkswirtschaften beziehen sich alle auf die Zeit vor der Einführung des Euro, also auf eine Phase, in der es gute Gründe gab, Collective Bargaining auf nationalstaatlicher Ebene zu analysieren. Dann lassen die Fallstudien aber keine Schlüsse auf europaweites Handeln von Gewerkschaften zu. In Kapitel 7 finden sich zwar zwei Tabellen mit Daten zur Lohnentwicklung, die weit in die Euro-Phase hineinreichen. Die Verwendung von Reallöhnen, also Nominallöhnen abzüglich nationaler Inflationsraten, schränkt aber die Interpretation stark ein. Zugespitzt formuliert: Solange sich nationale Inflationsraten stark voneinander unterscheiden, kann es, wenn überhaupt, nur ein eingeschränktes

europaweites Tarifverhandlungssystem geben.

Dennoch: Ernes Optimismus macht Mut, und das ist sicherlich eine Eigenschaft, die europäische Gewerkschaften und europäische Lohnabhängige bedürfen. Ich bin mir allerdings nicht sicher, ob sein Optimismus anhalten würde, hätte die Studie die jüngsten europäischen Erweiterungen in Rechnung genommen. Die EU heute ist eine Konglomerat von Hochlohn – und Niedriglohnökonomien, von High-tech- und Low-tech-Sektoren sowie von Lohnabhängigen mit sehr unterschiedlichen Aspirationen, ganz zu schweigen von den unterschiedlichen Machtressourcen nationaler Gewerkschaftsorganisationen. Eine Transnationalisierung und Europäisierung gewerkschaftlicher Macht tut not. Und es ist zu hoffen, daß dies in stärkerem Maße als heute erkannt und anerkannt wird.

Kurt Hübner

Patricia Purtschert, Katrin Meyer, Yves Winter (Hg.): Gouvernamentalität und Sicherheit. Zeitdiagnostische Beiträge im Anschluss an Foucault. Transcript Verlag Bielefeld 2008 (S. 255, € 25.80)

Die neoliberale Gouvernamentalität, wie sie von Foucault in seinen Vorlesungen zur »Geschichte der Gouvernamentalität« skizziert wurde, operiert mit einer Konzeption von Freiheit, die permanent fabriziert werden muss, und in dieser ihrer Eigenschaft als fragil und unablässig bedroht erscheint. Dadurch wird sie zur Grundlage immer neuer staatlicher Interventionen, die von den „Produktionskosten“ der Freiheit untermauert und anhand der öko-

nomisch effizienten Einrichtung von Sicherheitsdispositiven manifest werden. Basis dieser neoliberalen Regierungsrationalität ist die Privilegierung des Marktes, der nun als eine Art permanentes „ökonomisches Tribunal“ zum Organisationsprinzip von Staat und Gesellschaft wird.

Mit dieser Verlagerung des „Wahrheit- und Legitimationsortes“ der Regierungstätigkeit geht aber auch eine Metamorphose der Demokratie einher. Nicht nur werden die partizipativen und aktiven Elemente der demokratischen politischen Auseinandersetzung über das jeweils „Gute“ und „Gerechte“ von der neoliberalen Gouvernamentalität korrodiert, auch die Momente von „Freiheit“ und „Sicherheit“ werden

einem dominanten Dechiffrierungsra-
ster unterzogen, aus welchem sie, auf-
grund von ökonomischen Prinzipien
und im Namen der Markteffizienz,
immer wieder neu definiert werden.

Diesem Spannungsverhältnis von
Freiheit und Sicherheit gehen die Auto-
rInnen des Sammelbandes »Gouverne-
mentalität und Sicherheit« nach. Die
Beiträge verfolgen dabei eine zweifache
Erkenntnisspur. Zum einen werden
Diagnosen der Gegenwart erstellt, die
das Wechselspiel von Freiheit und Si-
cherheit – konstitutiv für die neoliberale
Gouvernementalität – und den ökonomisch
durchtränkten Unterbau entzau-
bern. Zum anderen soll die analytische
Verlagerung auf die Sicherheitsdimen-
sion zu einer kritischen Re-Lektüre von
Foucaults Machttypologien beitragen.

Bezugnehmend auf die Auslagerung
von Folter in Drittstaaten zeigt Susanne
Krasmann etwa, wie mittels einer dis-
kursiv angereizten „Kultur der Bedro-
hung“ nicht nur das universelle Folter-
verbot eine juristische Aufweichung
erfährt, sondern auch Wahrnehmungs-
weisen etabliert werden, welche die
Einschreibung von Folterpraktiken ins
Recht legitimieren und zugleich einen
kontingent veränderbaren Feind konsti-
tuieren. Fern davon eine Ausnahmeer-
scheinung zu sein, entpuppt sich Folter
als gouvernementaler rationaler Einsatz
zur Verfolgung bestimmter politischer
Ziele mittels ihrer schleichenden Ver-
rechtlichung.²

Einen ähnlichen Pfad verfolgt Yves
Winter in seinem Beitrag. Die Phäno-
mene der „neuen Kriege“ und ihrer
asymmetrischen Konstellationen wer-
den vom Autor in den Kontext der
neoliberalen Reorganisation von Staat-
lichkeit und Regierungstätigkeit inte-
griert. Die Entstaatlichung des Krieges
eröffnet nämlich den Raum für die
Kommerzialisierung und Ökonomisie-
rung der Gewalt, so wie sie durch die

Auslagerung ehemaliger Staatsaufga-
ben zur Aufrechterhaltung der inneren
und äusseren Sicherheit an private
Unternehmungen gegenwärtig prakti-
ziert wird. Die spezifische Manifesta-
tion dieser neuen Kriege zeigt sich
demnach nicht in der Eroberung eines
Territoriums, sondern in der gezielten
Produktion von Unsicherheit und Angst,
die den ökonomisch unterwanderten
Subtext zur Aufrechterhaltung der
staatlich ausgelagerten Sicherheitsin-
terventionen strukturiert.

Bioterror, diese unsichtbare Bedro-
hung, die spätestens seit den Antrax-
Briefen vom September 2001 in den
USA zur prominent gewordene Facette
der „neuen Kriege“ wurde, wird von
Filippa Lentzos und Nikolas Rose un-
tersucht. Anhand der französischen,
deutschen und englischen Regierungs-
techniken zur Bioabwehr zeigen sie,
wie mit der permanenten Speisung von
Ängsten und Unruhen eine „Regierung
von Unsicherheit“ gesättigt wird. Das
Vorbereitetsein – die „Preparedness“
– auf zukünftige Unsicherheitsszena-
rien verlangt und legitimiert dabei die
Einschränkung der persönlichen Frei-
heit durch eine staatliche Intensivierung
der Kontrollapparate.

Einen weiteren gouvernementalen
Analyse-Kontext eröffnet Katharina
Pühls Beitrag zum Wandel von „welfa-
re“ zu „workfare“. Die mit der neolibe-
ralen Ökonomisierung des Sozialen
einhergehende Repositionierung des
Individuums in die Gesellschaft und
das hierfür konstitutive Konzept des
„Unternehmers seiner Selbst“³ hat, wie
Pühl anschaulich zeigt, in einem beson-
deren Masse die Frauen einer verstärk-
ten Prekarisierung unterworfen. Dieser
genderspezifische Faden wird von Ka-
therine Lemons aufgenommen und an
der gouvernementalen Rolle der Reli-
gion – die bei Foucault unterbelichtet
blieb – für die soziale Sicherheit von

Frauen im postkolonialen Indien weitergezogen. Lemons gelangt zur abschliessenden These, dass Religion in Indien als gouvernementales Mittel des privaten Regierens – vor allem in ihrer Eigenschaft die Organisation der Familie zu bestimmen – fungiert. Frauen müssen dabei die Lösung für die sozialen Unsicherheiten in den mikrokapitalen Gefilden des Privaten suchen, und zwar nicht nach Prinzipien von Emanzipation oder Autonomie, sondern anhand des religiös Möglichen und Erlaubten.

Patricia Purtschert und Katrin Meyer hingegen zeigen am Beispiel des schweizerischen und europäischen Managements der Migrationsflüsse auf, wie der Diskurs über die „irreguläre“ oder „illegale“ Migration eng mit gouvernementalen Sicherheitsregimes verknüpft ist. Die ökonomische „Lenkung“ der ankommenden Menschen unterscheidet zwischen solchen, die einen wirtschaftlichen Nutzen und solchen, die bloss Kosten generieren. Hierbei scharft diese gouvernementale Parzellierung der Migration ein ganzes Arsenal an Überwachungs- Kontroll- und Ausschaffungsmöglichkeiten um sich, die im Namen einer permanent bedrohten Sicherheit im Inneren die Sondierung von diesen unerwünschten Individuen übernimmt, um sie zugleich als sicherheitsgefährdende und kriminelle Subjekte zu kodifizieren.

Ausgehend von den europäischen Sicherheitspolitiken der 1970er Jahren gegen linksterroristische Gruppierungen, aber vor allem anlehnend an den antiterroristischen Sicherheitsdiskurs der Schweiz zu dieser Zeit, weist Dominique Grisard auf die damalige zivilgesellschaftliche Bereitschaft hin, Sicherheitstechnologien im Namen einer „inneren Sicherheit“ nicht nur zu unterstützen, sondern im Rahmen einer „selbstregulatorischen“ Ausrichtung

auch zu untermauern und mitzugestalten. Anhand eines medial konstruierten und inflationär propagierten Konzepts von nationaler Identität wurden Zivilgesellschaft als Sicherheitsgesellschaft und ihre BewohnerInnen als „sicherheitsverantwortliche“ StaatsbürgerInnen bzw. ArbeitnehmerInnen kodiert und als solche einem Normalitätsregime unterstellt, welches letztlich eine zivilgesellschaftliche Industrie des Verdachts anheizte.

Die bis anhin verfolgte und für die neoliberale Gouvernamentalität konstitutive Beziehung zwischen Sicherheit und Freiheit findet in Sven Opitz' Beitrag eine machttheoretische Analyse. Ausgehend vom Konzept der „Securitization“ zeigt Opitz auf, wie gerade der gouvernementale Einsatz einer fragilen und permanent zu kultivierenden Freiheit den souveränitätstheoretischen Blick auf die hierfür konstitutiven und freiheitsgarantierenden Sicherheitstechnologien eröffnet. Erst die diskursiv plausibilisierte Gefahr setzt ein gouvernementales Kosten-Nutzenkalkül in Gang, dessen Resultat eine von demokratischen Legitimitätskriterien entkoppelte Sicherheitsintervention ist. In diesem permanenten Einsatz der Angst als diskursiver Interventionsmodus der Sicherheit sichtet Opitz die für die liberale Regierungsrationalität konstitutive Illiberalität.

Alex Demirović beendet die Beitragsreihe mit einer theoretischen Untersuchung der Techniken und Strategien des „Wahr-Sagens“ von Sicherheit respektive Unsicherheit, die er als konstitutive Elemente der neoliberalen Regierungsrationalität identifiziert. Ausgehend von einer akkuraten Untersuchung der foucaultschen Machtregimes „Souveränität“, „Disziplin“ und „Sicherheit“, den Ursachen ihrer Abgrenzungen sowie Verstrickungen und Abfolgen, zeichnet Demirović nicht nur

die Genealogie der neoliberalen Gouvernamentalität nach, sondern eröffnet auch den analytischen Raum für die in der Gegenwart mit Virulenz auftretende ökonomische Regierung von Freiheit durch den Einsatz von Sicherheitstechnologien. Der Liberalismus muss hierbei die Individuen dazu anhalten, ihr Leben, ihre Gegenwart und Zukunft als etwas zu betrachten, das ständig gefährdet ist und somit Schutz verlangt.

Der permanente Einsatz von Sicherheit zur Aufrechterhaltung einer ständig

in Bedrohung gesichteten Freiheit, die hierbei aktualisierte ökonomische Rationalität einer Regierung, die als Machttypus ihre Legitimation in der orakelhaften Konzeption des Marktes sichtet, weist meiner Ansicht nach letztlich auf die Frage hin, inwiefern der etymologische Gehalt des Begriffes Demokratie, nämlich die „Volksherrschaft“, in der heutigen konkreten Machtkonstellation überhaupt noch zum Tragen kommt.

Angelo Maiolino

Anmerkungen

- 1 Michel Foucault. Die Geburt der Biopolitik. Geschichte der Gouvernamentalität II. Frankfurt am Main: Suhrkamp 2007. S. 342.
- 2 Vgl. Susanne Krasmann, Folter und Sicherheit. Eine Foucault'sche Perspektive. Widerspruch Heft 53, Zürich.
- 3 Siehe Ulrich Bröckling. Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform. Frankfurt am Main, 2007.

marx21

Magazin für internationalen Sozialismus

FÜR MARX21 HABEN U.A. GESCHRIEBEN: TARIQ ALI, ELMAR ALTVATER, WALDEN BELLO, CHRISTINE BUCHHOLZ, ALEX CALLINICOS, WOLFGANG GEHRKE, JURI HÄLKER, NAOMI KLEIN, GISELA KESSLER, ARNO KLÖNNE, ULLA PLENER, WERNER SAUERBORN, MICHAEL SCHLECHT, LUCIA SCHNELL, SAHRA WAGENKNECHT, JANINE WISSLER UND VIELE MEHR.

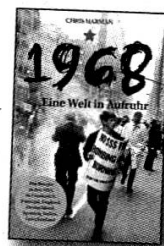
Dein Buch – Dein Abo

Ja, ich möchte das Magazin marx21 zum Jahrsabo bestellen (5 Ausgaben für jeweils 4 Euro frei Haus/ Ausland 7 Euro). Danach kann ich mein Abonnement jederzeit kündigen.

Als Dankeschön bekomme ich eines der folgenden Bücher – bitte bei Bestellung Titel angeben!

Kontakt:

Abo-Hotline: 030/ 89 56 25 11 | Email: abo@marx21.de
Anschrift: marx21-Abo, Postfach 440346, 12003 Berlin



1968 - Eine Welt im Aufruhr
von Chris Harman /
mit einem Beitrag von Yaak Pabst.
Frankfurt/M. 2008, 490 Seiten



Die verlorene Revolution.
Deutschland von 1918 - 1923
von Chris Harman
Frankfurt/M. 1998, 416 Seiten

oder im Internet unter
www.marx21.de